

# Inhalt

## Umfrage

### 4 Die aktuelle Montagsfrage

## Studierenden-Parlament-Wahlen

### 6 Wahlbeteiligung leicht gesunken; RCDS, GAL und LSD Wahlsieger – Von Baldo Sahlmüller

### 6 289 mal Danke! – 289 times Thank You! Demokratische Internationale Liste

### 7 Stellungnahme Uni-GAL

### 8 Stellungnahme der US

### 8 Sitze gehalten, linke Mehrheit ausgebaut – Juso-HSG

### 9 Stellungnahme der LSI

### 9 Gelungener Einstand für LSD

### 10 Stellungnahme des uFaFo

### 10 Warum denn Plakate kleben? – Der AStA hat doch die »Links vorm Schloss«?

### 12 Neues aus dem Sandkasten – Warum wir nur hoffen können, dass im SP nicht die »politische Elite« von Morgen heranpubertiert

## Hochschulpolitik

### 14 »Vor uns liegen doch ganz andere Probleme!« – Interview mit Sascha Vogt

### 16 Der FZS – Studentischer Dachverband oder linksideologische Interessenvertretung ? – Von Jan Gierke

### 18 fzs wählt neuen Vorstand

### 18 Rentenansprüche müssen erhalten bleiben

### 19 Für Anerkennung der Fachschaftsarbeit stark machen

### 19 Studienkonten: Keine rückwirkende Berücksichtigung von Studiengangwechseln

### 20 Uni-Verwaltung hebt Antragsfrist für Bonusguthaben auf

### 21 Ohne Studienkonten besteht die Gefahr von Studiengebühren – Interview mit Dr. Ruth Seidl MdL, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hochschulpolitische Sprecherin

### 23 rcds, soziale Gerechtigkeit und Studiengebühren – von Andreas Kemper

### 24 Bildung nur noch für Reiche? Wider den »finanziellen Numerus Clausus!« – Studentischer Protest kann auch heute noch politisch sein

### 25 »... und dann geht's voll ab!« – Interview mit Inga Haese, Studentin an der Berliner Humboldt-Universität zu den Studierenden-Streiks in Berlin

## Kurzgeschichtenwettbewerb

### 28 Wahlwoche

### 28 Rotation

## Universität

### 30 Gewaltförmigkeiten im Wissenschaftsbetrieb – Das Beispiel des Instituts für Soziologie

### 33 Sieg oder Niederlage? – Rhetorikduell zwischen Professoren und Studenten

## Globales

### 34 Zwischen Elend und Urwald – Patricia Kemmer arbeitete ein halbes Jahr in Bolivien

## Buchrezension

### 37 Parteikommunist und Weltdeuter

## Ankündigungen

### 38 Die »Unabhängigen Studierenden« laden ein

### 38 »Handeln für mich« – Ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Studentinnen

### 38 Aktionstag gegen sexuelle Belästigung

## Impressum

### HerausgeberInnengremium:

Dagmar Diener  
Maren Lurweg  
Michael Schramm  
Baldo Sahlmüller  
Michael Thomann

### Chefredaktion und v.i.S.d.P.:

David Juncke (dju)

### Redaktion:

Stefan Küper (skü)  
Torsten Bewernitz (bew)  
Maike Rocker (mar)  
Kerstin Schnatz (kes)

### Layout / Illustration:

Simone Söndgen (sis)

### Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

### Redaktion und Anzeigenverwaltung:

Schlossplatz 1, 48149 Münster  
ssp@uni-muenster.de

### Druck: AStA-Druck

### Auflage: 4.000

### Redaktionsschluss SSP 344:

18. Januar 2003

### SSP virtuell:

www.semesterspiegel.de

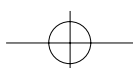
Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der AutorIn wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und der Bereitschaft zur Toleranz (HG-NW § 72 (2) Satz 4).

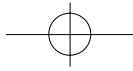
Manuskripte bitte digital (auf Diskette/CD oder per e-mail in Formaten von üblicher oder kostenlos verfügbarer Software, Bilder im Original oder als tif-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten/ CDs und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmen können AutorInnen ungenannt bleiben.

**Honorar:** 0,01 Euro für 6 Zeichen

**Fotohonorar:** 10 Euro

**Karikatur:** 15 Euro





# Liebe Leserin, lieber Leser.

## Anstelle eines Vorworts:

Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging, dass alle Welt geschätzt würde. Und diese Schätzung war die allererste und es geschah zur Zeit, da Quirinus Statthalter in Syrien war. Und jedermann ging, dass er sich schätzen ließe, ein jeder in seine Stadt.

Da machte sich auch auf Josef aus Galiläa, aus der Stadt Nazareth, in das jüdische Land zur Stadt Davids, die da heißt Bethlehem, weil er aus dem Hause und Geschlechte Davids war, damit er sich schätzen ließe, mit Maria, seinem vertrauten Weibe, die war schwanger. Und als sie dort waren, kam die Zeit, dass sie gebären sollte.

Und sie gebar ihren ersten Sohn und wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe; denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge. Und es waren Hirten in derselben Gegend auf dem Felde bei den Hürden, die hüteten des Nachts ihre Herde. Und der Engel des Herrn trat zu ihnen, und die Klarheit des Herrn leuchtete um sie; und sie fürchteten sich sehr. Und der Engel sprach zu ihnen: Fürchtet euch nicht! Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird: denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids. Und das habt zum Zeichen: ihr werdet finden das Kind in Windeln gewickelt und in einer Krippe liegen.

Und alsbald war bei dem Engel die Menge der himmlischen Heerscharen, die lobten Gott und sprachen: Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens. Und als die Engel von ihnen gen Himmel fuhren, sprachen die Hirten untereinander: Lasst uns nun gehen nach Bethlehem und die Geschichte sehen, die da geschehen ist, die uns der Herr kundgetan hat.

Und sie kamen eilend und fanden beide, Maria und Josef, dazu das Kind in der Krippe liegen. Als sie es aber gesehen hatten, breiteten sie das Wort aus, das zu ihnen von diesem Kinde gesagt war. Und alle, vor die es kam, wunderten sich über das, was ihnen die Hirten gesagt hatten.

Maria aber behielt alle diese Worte und bewegte sie in ihrem Herzen.

Und die Hirten kehrten wieder um, priesen und lobten Gott für alles, was sie gehört und gesehen hatten, wie denn zu ihnen gesagt war.

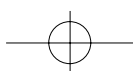
Und als acht Tage um waren und man das Kind beschneiden musste, gab man ihm den Namen Jesus, wie er genannt war von dem Engel, ehe er im Mutterleib empfangen war.

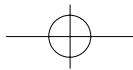
Im Namen der Redaktion wünsche ich eine ruhige Weihnachtszeit.

*David Juncke*  
Chefredakteur



Foto: privat





## 4 Umfrage

**Montag Mittag, vor der Mensa I. Unübersichtbar: es ist noch voller als sonst. Drillionen von Flyern aller erdenklicher Formen und Farben recken sich den Nahrungssuchenden entgegen, und zwar nicht nur die üblichen Flyer mit nackten Frauen und Super-Fun-Sport-Studio-Verbraucherhinweisen, sondern welche mit Text und Maulwürfen, Bananen oder Rosen; außerdem stehen überall Plakate mit den Konterfeis von mehr oder weniger sympathischen KommilitonInnen, die man dann, genauer besehen, als die laut um die Wette um die Gesättigtengunst buhlenden FlyerverteilerInnen erkennt. Was mag dies bedeuten? Es müssen wohl wieder die Urnen ausgegraben worden sein ...**

Der Semesterspiegel wollte deshalb wissen: ist das Getöse laut genug? Wissen die Studierenden, was da gewählt werden soll, und interessiert sie das?

Deshalb kurz und bündig gefragt:

**Wählen gehen?**

*Wenzel; Jura; 5. Semester*

Ich war schon heute früh wählen. Ich bin ja eigentlich nur wählen gegangen, weil ich letzte Woche von der LSI hier eine Banane in die Hand gedrückt gekriegt hab und da hab ich gedacht: Die Stimme kriegen sie. Das war eigentlich so mein Grund. Werbegeschenke finde ich halt wichtig. Und dann bin ich heute dieser



Wahlurne über den Weg gelaufen.  
*Christiane; Englisch, Sowi, Geschichte; 1. Semester*

Ich bin noch nicht wählen gegangen; bis heute wusste ich auch gar nicht, dass hier eine Wahl ist, folglich hab ich auch noch gar keine Ahnung, was hier überhaupt los ist und wer wer ist und ich hab mir bisher nur so'n Wahlinfo vom Zentralen Wahlausschuss geholt und will da jetzt mal reingucken. Prinzipiell find ich wählen gehen wichtig, aber ich werde nur dann wählen gehen, wenn mir eine Liste passend erscheint.



*Dennis; Deutsch, Latein, Philosophie; 4. Semester; Friedrich; alte Geschichte, Latein, mittlere Geschichte; 5. Semester*

*Friedrich:* Wir kommen gerade von der Wahlurne. Das ist doch die geringste Möglichkeit, sich irgendwo politisch zu betätigen für den normalen Studenten. Es ist natürlich wichtig, wählen zu gehen. Ich hab mich vorher recht wenig mit den Themen auseinander gesetzt, aber da ich eine Person kannte und wusste, welche Ansichten sie hat, konnte ich sie ohne Probleme wählen.

*Dennis:* Bei mir war's ähnlich: Mein Mitbewohner stand auf der Liste.



*Max; Geographie; 14. Semester und Sven; Geschichte; 15. Semester*

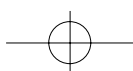
*Max:* Ich hab bis jetzt immer gewählt, aber interessiert mich im Moment nicht mehr, weil ich ja bald fertig bin. Ich werd nicht wählen gehen.

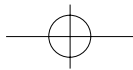
*Sven:* Ich hab noch nie gewählt; es interessiert mich einfach nicht. Die Leute, die die Flugblätter verteilen, nerven sowieso, könnt Ihr die abstellen? Die stehen immer im Weg und quatschen einen an direkt vor'm Eingang.



*Julia; Germanistik; 5. Semester*

Ich find die Wahl schon wichtig, und ich geh' auch auf jeden Fall wählen. Ich bin bei uns in der Fachschaft aktiv und lass mich da auch selber wählen, insofern mach ich da auch ein bisschen was. So hochschulpolitisch kenn ich mich nicht ganz so gut aus, aber da hab ich ja jetzt noch eine Woche Zeit mich zu informieren, wer welches Wahlprogramm hat und wer wofür steht.





# Die aktuelle Montagsfrage

(endlich mal vom Montag)



*Christian; Mathe, Spanisch; 1. Semester*

Ich war noch nicht wählen, aber ich hab schon von den Wahlen gehört. Ich hab auch vor zu wählen, aber ich hatte noch nicht die Zeit dazu. Ich denke, dass das ne gute Sache ist für die Studierenden, und dass man wählen gehen sollte. Mir geht's nicht so um Personen, sondern um die Wahlthemen, um Studienbedingungen vor allen Dingen und dass die halt besser werden.



*Arne; BWL; 4. Semester und Michael; VWL; 4. Semester*

Wir gehen grundsätzlich sehr gerne wählen, denn jetzt stehen ja die FSV-Wahlen an, wo man wählen kann, und dann sind da noch die StuPa-Wahlen, und da werden wir natürlich unser Kreuzchen machen und hoffen, dass sehr viele Leute das auch tun, weil ja sonst kein großer Rückhalt für die Gewählten da ist. Wir selbst sind auch in der Fachschaft.

*Anne; VWL; 2. Semester*

Ich hab von den Wahlen bisher nichts mitgekriegt; was ist denn das für ne Wahl?

Studierendenparlament? Kenn' ich nicht. Wenn man mir allerdings erzählen würde, was das genau ist, dann würde ich wohl wählen gehen



*Nele; GHR; 1. Semester*

Ich war schon wählen, weil ich da eine kenne, die da mitmacht; die Themen haben mich aber auch interessiert. Ich find's auch schon deshalb wichtig wählen zu gehen, denn wenn zu wenig Leute wählen, vielleicht dann die Leute die Mehrheit kriegen werden, die doch nicht so gut sind und eben nicht meine Interessen vertreten.



*Esther; Medizin; 3. Semester und Anneke; Medizin; 3. Semester*

*Anneke:* Ich geh nicht wählen, und wenn, dann nur, weil's mir jemand gesagt hat, den ich wählen soll.

*Esther:* Ich würde wählen gehen, aber auch nur, weil ich jetzt einen kenne den ich wählen kann. Von dem weiß ich, was der macht und das ist mir wichtig.

Wenn ich die Leute nicht kenne, mach ich das echt nach Foto und Studienfächern,

obwohl ich keinen Plan hab, was die genau machen wollen. Letztes Jahr hab ich auch gewählt.

*Anneke:* Letztes Jahr gab's auch einen Anreiz; da musste man wählen, um irgendwas zu bekommen, ich weiß aber nicht mehr was genau.

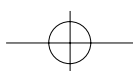


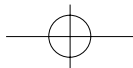
*Manuela; KoWi, Englisch, KKM; 5. Semester und Steffi; KoWi, Politik, Englisch; 5. Semester*

*Steffi:* Ich war schon wählen diesmal; ich find das auch wichtig, weil das ja unsere Möglichkeit ist mitzuwirken und was zu verändern. Meistens wähl ich nach Personen.

*Manuela:* Ich war letztes Jahr das erste Mal wählen und ich glaub', ich werd's dieses Jahr auch wieder machen; ich find's allerdings da immer schwierig, den Überblick zu kriegen; denn wenn ich wähle, dann will ich auch nichts falsches wählen; ich will nicht sagen »Och, der Name hört sich nett an« und ihn deshalb ankreuzen; ich will schon wissen, was genau ich wähle. Ich wähle nach Themen. Das Infoheft vom Wahlausschuss hilft da ganz gut.

*David Juncke und Maike Rocker*





## Wahlbeteiligung leicht gesunken; RCDS, GAL und LSD Wahlsieger

In der letzten Novemberwoche fand die jährliche Wahl zu den studentischen Gremien statt. An Urnen in vielen Instituten und den großen Mensen hatten 43481 Studierende die Möglichkeit, ihre Stimme für ein neues Studierendenparlament, für ihre Fachschaftsvertretung und – sofern sie keinen deutschen Pass haben – für die Ausländische Studierendenvertretung abzugeben.

Die Wahlbeteiligung bei der SP-Wahl lag mit 22,58 Prozent etwas unter den 22,94 Prozent aus dem Jahr 2002, insgesamt gaben 9820 Studierende ihre Stimme ab. Stärkste Liste wurde der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, der sein Ergebnis um 7,6 Prozent auf 22,4 Prozent steigern konnte und jetzt mit 7 Sitzen im SP vertreten sein wird. Auf Platz 2 landete die Uni-GAL, die sich ebenfalls steigern konnte und am Ende auf 20,3 Prozent kam. Die Juso-Hochschulgruppe, im vergangenen Jahr mit 19,3 Prozent stärkste Liste, erreichte 18,7 Prozent. Beide Listen sind mit 6 Personen im neuen Parlament vertreten. Aus dem Stand auf 11,4 Prozent der Stimmen kamen »Lauter Studentische DemokratInnen«, die ebenso wie das uFaFo (9,4 Prozent) und die LSI (8,8 Prozent) 3 Sitze bekommen haben. LSI und uFaFo sind auch die Listen mit den größten Verlusten im Vergleich zum Vorjahr. Die Listen US und DIL konnten ihr Vorjahresergebnis jeweils halten und kommen auf 2 (US) bzw. 1 (DIL) Sitz.

Es scheint so, dass der RCDS seine Gewinne insbesondere auf Kosten der LSI erzielen konnte. Die Stimmenverluste des uFaFo dürften zu einem Großteil der LSD zugute gekommen sein. Dies verwundert wenig, da einige Kandidaten der LSD zuvor beim uFaFo waren. Die Uni-GAL konnte anscheinend davon profitieren, dass die öds nicht mehr angetreten war.

Insgesamt konnten die Listen, die derzeit am AStA beteiligt sind, einen Sitz hinzugewinnen, wobei die LSD nicht Teil der AStA-Koalition ist, aber einen AStA-Referenten in ihren Reihen hat. Man darf nun gespannt sein, welche Listen sich auf eine Koalition einigen können und wann ein neuer AStA gewählt wird.

*Baldo Sahlmüller*

### **Auf ein Neues: Demokratische Internationale Liste mit stabilen 3 Prozent im StuPa**

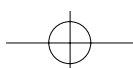
Die Wahlen sind vorbei, die Ergebnisse stehen fest. Für uns Aktiven von der DIL waren die diesjährigen Wahlen kein Zuckerschlecken, galt es dieses Jahr als kleinste Liste den Sitz im StuPa gegen eine starke Konkurrenz zu verteidigen. Und mit 3 Prozent der Stimmen konnten wir unser Vorjahresergebnis gut halten. Wie im Vorjahr wird uns Ali Bas wieder im SP vertreten. Dafür noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an alle unsere WählerInnen und alle Leute, die uns so toll unterstützt haben!

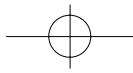
13 Studierende ausländischer und deutscher Herkunft konnte die DIL dieses Jahr ins Rennen schicken, um mit bescheidenden und seriösen Mitteln fairen Wahlkampf zu machen. Bei uns kommen ausländische und deutsche Studis alle zu Wort und das ist auch gut so! Das gilt es, im neuen Jahr deutlich herauszustellen. Denn zu unserer multikulturellen Liste gibt es keine vergleichbare Alternative.

Der Wahlkampf zwischen den Listen, der, bis auf wenige Ausnahmen, fair verlaufen ist, konnte sich insgesamt sehen lassen.

Unter dem zweisprachigen Motto »It's our university – es ist unsere Uni!« haben wir versucht, die Wähler für die vielen uns bevorstehenden Veränderungen an unserer Uni zu sensibilisieren. Neben der Einführung von Studienkonten sind hier auch die Kürzung von Geldern für die Studentenwerke und die Umstellung der Hochschulabschlüsse auf Bachelor- und Masterabschlüsse wichtige Themen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kampagne war »Einfalt statt Vielfalt: Welt-offene Uni« in der es besonders um das Miteinander von deutschen und ausländischen Studierenden ging.

Hier liegt uns für das kommende Jahr





## 289 mal Danke! – 289 times Thank You!

die Reaktivierung der Ausländischen Studierendenvertretung (ASV) besonders am Herzen. Hier gab es gerade in der vergangenen Wahlperiode heftige Diskussionen um die damalige ASV, deren Vertreter nur noch unzureichend ihren Aufgaben nachkamen und somit die notwendige Unterstützung für ausländische Studierende nicht mehr vollständig gewährleisten konnten. Dafür wurde in den letzten Wochen vor der Wahl ein Ausschuss eingerichtet, der sich Gedanken zur künftigen ASV-Arbeit machen soll. Unsere Liste legt dabei großen Wert darauf, dass sich hier neben Vertretern der SP-Listen auch Mitglieder der ASV mit einem Stimmrecht wiederfinden. Bereits seit August dieses Jahres hat die DIL einen Ideenkatalog erstellt, den Mitglieder unserer Liste, wovon einige Erfahrungen mit der ASV-Arbeit haben, ausgearbeitet haben. Diese Ideen werden wir konstruktiv in diesen neuen Ausschuss einbringen, damit die ASV schon bald wieder zu einem starken Bestandteil der Studierendenschaft wird. Eine gut funktionierende ASV ist sowohl für ausländische, als auch für deutsche Studierende eine wichtige Bereicherung.

Auch im kommenden Jahr werden wir für ausländische und deutsche Studierende ein offenes Ohr haben und für mehr Toleranz und Völkerverständigung werben. Wir sind entschieden gegen jegliche Form von Diskriminierung und werden im neuen Jahr einige Veranstaltungen zu verschiedenen Problemen von ausländischen Studierenden an der Uni Münster (hier v.a. Studiengebühren für ausländische Studis), aber auch zum Umbau des Hochschulsystems allgemein, auf die Beine stellen.

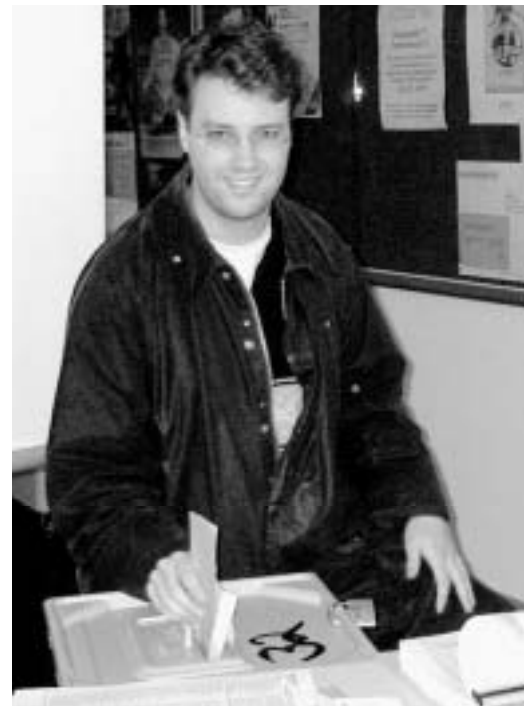
## Stellungnahme Uni-GAL

Bei den Wahlen zum 46. Studierendenparlament konnte die Uni-GAL ihren Stimmenanteil von 14,9 auf 20,3 Prozent verbessern und stellt somit ein SP-Mitglied mehr als im vergangenen Jahr.

Dieser Erfolg ist zurückzuführen auf unsere solide, inhaltlich fundierte und effektive Arbeit im AStA, die zuverlässige Mitwirkung in Ausschüssen des SPs, in denen die Uni-GAL stets gut vertreten war, und auf einen hervorragenden und fairen Wahlkampf, bei dem Inhalte im Vordergrund standen.

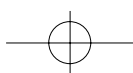
Wir freuen uns über das gute Ergebnis, danken allen Wählerinnen und Wählern und sind gespannt auf die Herausforderungen des kommenden Jahres. Vielleicht werden wir dann ja bei den Wahlen 2004 mit dem äußerst knapp verpassten siebten Sitz belohnt.

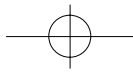
*Caterina Metje*



*Vorbildlich: Der SSP-Chiefredakteur David Juncke bei der Stimmabgabe in der Mensa I*

mar





## Stellungnahme der US

Wir danken euch, allen 576 Wählerinnen & Wählern!! Ihr habt den *Protest* gewählt, wir werden ihn im 46. StuPa artikulieren: Wir, das sind Ahmed Farie (92 Stimmen) und Magnus Becker (159), der zum erfolgreichen Abschluss seines Studiums den Sprung in die Top10 der HochschulpolitikerInnen an Deutschlands drittgrößter Uni geschafft hat. Für ihn freut es uns ›Unabhängige Studis‹ ganz besonders. Er, der 1999 die US gegründet hat, der nach unserem ersten Abgeordneten Eric-Peter Pyne drei Jahre lang unser MdSP war, erfreut sich also größerer Beliebtheit denn je. Er wird euch nicht enttäuschen, dafür werden wir, seine Freundinnen und Freunde sorgen. Sollte Mag die Uni und so das SP verlassen, rückt mit Ronny Mora ein eben so kompetenter und engagierter Studierendenvertreter nach. Als zweiter ASV-Vorsitzender hat er die Erfahrungen gesammelt, die ihm im SP zugute kämen. Sollte er erster Vorsitzender der ASV 03/04 werden, könnte er zudem unser Wahlversprechen (bessere ›SP-ASV-Kooperation zum Wohle aller – ausländischen und deutschen – Studis) am besten realisieren. Jedenfalls fordern, das hat unser Ergebnis am Studienkolleg (jene ›Urne‹ gewannen wir) gezeigt, ausländische StudentInnen in ihrer Mehrheit, die AE (Aufwandsentschädigungen) der ASV-Vorsitzenden endlich wieder von 0,5 auf 1,5 zu setzen. Und zwar rückwirkend! Was also einbehalten bzw. nicht ausgezahlt wurde, ist nachträglich zu erstatten. Ausländerfeindliche Hochschulpolitik? Schluss damit! *Protest* gegen Rassismus an unserer Uni! Und wogegen werden wir noch protestieren? Wie versprochen, gegen die Verschwendung des Semesterbeitrags; gegen Studienkonten; gegen Atomstrom; gegen (Afghanistan-, Irak-, Kosovo-)Krieg & Terror; gegen Mittel-Kürzungen bei Studentenwerken; für fair gehandelten Kaffee & Tee in Mensen; für viel kleinere Seminare; für kostenlose Internet-Ausdrucke, für längere ZIV- und CIP-Pool-Öffnungszeiten; für mehr Medienpräsenz studentischer Interessen (bestell' deine Homepage auf [www.weisse-rose.org/us.html](http://www.weisse-rose.org/us.html)); für mehr Geld gegen sexuelle Belästigung/sexualisierte Gewalt (wir setzen uns für kostenlose Selbstverteidigungskurse für Studentinnen ein; Selbstbehauptungs-Workshops, Rhetorik usw. – bietet euch auch unsere Gruppe schon kostenlos an; melde dich! Bei [beckmag@uni-muenster.de](mailto:beckmag@uni-muenster.de), e-mail genügt!). Wir sind immer für dich da!



## Sitze gehalten, linke Mehrheit ausgebaut

**Juso-HSG**

Auf den ersten Blick müsste die Wahl für uns eine kleine Enttäuschung sein: Von der stärksten Liste zur drittstärksten im Studierendenparlament »degradiert« – und dann noch ein halbes Prozent verloren.

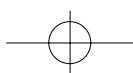
Doch wir sind hochzufrieden. Wir haben durch das in uns gesetzte Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler die sechs Sitze im SP halten können. Unsere langjährige Koalitionsliste Uni-GAL hat sogar einen Sitz gewonnen und damit jetzt ebenfalls sechs Sitze. Wir sehen diese Tatsachen als Zeichen der Zustimmung zu unserer gemeinsamen Politik der letzten Jahre.

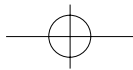
Unerfreulich an dieser Wahl ist für uns, dass der RCDS stärkste Liste geworden ist. Aber dies ficht uns nicht weiter an – schließlich hat der RCDS nur die Sitze übernommen, die die LSI verloren hat.

Tatsächlich konnte die Linke ihre Mehrheit auf vier Sitze ausbauen.

Wir gehen mit Zuversicht in die Koalitionsverhandlungen und hoffen, dass am Ende ein AStA steht, der unsere Wahlziele umsetzen wird.

Unsere Fraktion wird im SP weiterhin gute Arbeit für alle Studierenden leisten. Wenn ihr an dieser Arbeit mitwirken wollt, kommt doch einfach mittwochs um 20Uhr in den Gruppenraum der *Blechtrommel*, Hansaring 26. Virtuuell könnt ihr uns unter [www.jusohsg.de](http://www.jusohsg.de) finden





# Gelungener Einstand für Lauter Studentische DemokratInnen (LSD)

## Stellungnahme der LSI

Die Liberale Studierenden-Initiative (LSI) hat die Wahl verloren – an dieser Tatsache lässt sich nichts schönreden oder rumdeuten. Die Wahlniederlage bildet somit den Abschluss einer Serie von Pleiten, Pech und Pannen, die mit der Problematik, überhaupt zu den Wahlen zugelassen zu werden begann und über organisatorische Asymmetrien bis hin zu nächtlichen Kontakten mit der Polizei eine ständige Herausforderung darstellte. Dabei kann es für die LSI keine Entschuldigung geben – wir als hochschulpolitische Liste haben das Ergebnis selbst zu verantworten. Zwar haben wir erheblich an Gewicht im Studierendenparlament eingebüßt, doch die drei noch verbliebenen Sitze werden wir weiterhin konstruktiv und engagiert nutzen, um unsere Grundsätze und Ziele im Sinne der Studierenden einzubringen. Wir werden zeigen, dass man durch gute Argumente, harte Arbeit und Überzeugungskraft mehr verändern kann, als es der Stimmenverlust auf den ersten Blick glauben macht.

Die LSI begreift die Niederlage nicht als den Todesstoß, den ihr manch andere hochschulpolitische Mitbewerber wünschen, sondern als die Chance, endlich einen Prozess der personellen und strukturellen Erneuerung zu durchlaufen. Innerhalb dieses Prozesses werden mehr und mehr langjährige Listenangehörige die LSI wegen ihres baldigen Studienabschlusses verlassen und so Platz für neue Ideen und Personen machen. Es liegt ein anstrengender und sicherlich auch beschwerlicher Weg vor uns, aber die LSI wird ohne Zweifel schnell zu ihrer Kraft zurückfinden und an alte Wahlerfolge anknüpfen können.

Wenn *du* Lust hast, in einer überparteilichen Gruppe gemeinsam Politik beispielsweise für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen, für mehr Praxisbezug im Studium, für die Abschaffung der ZVS und gegen Studiengebühren zu betreiben, dann schau doch einfach bei uns vorbei. Wir treffen uns jeden Dienstag um 20.00h im *Spooky's* – weitere Informationen über uns gibt es unter [www.gelbundgut.de](http://www.gelbundgut.de).

Nicht zuletzt gilt es all unseren Wählerinnen und Wählern, an dieser Stelle unseren Dank auszusprechen. Wir werden das in uns gesetzte Vertrauen nicht enttäuschen. Darüber hinaus sind wir all den anderen Listen dankbar, die sich für uns im Rahmen der Wahlzulassung eingesetzt haben.

David Juncke

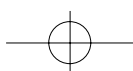
Ein ganz großes Dankeschön an die 1087 Freundinnen und Freunde einer besseren Hochschulpolitik, die LSD ihr Vertrauen geschenkt haben; damit entfallen auf unsere Liste aus dem Stande sage und schreibe 11,4 Prozent der Wählerstimmen und drei Sitze im zukünftigen Studierendenparlament.

Somit zieht seit längerem mal wieder eine völlig neue Liste so erfolgreich ins StuPa ein. LSD bestehen aus völlig unterschiedlichen Menschen, die vor allem das gemeinsame Interesse verbindet, eine bessere studentische Interessenvertretung an der Uni Münster und darüber hinaus zu gewährleisten. Das bedeutet für uns auch, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und deutlich stärker sachorientiert zu arbeiten.

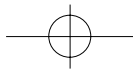
Dieses unerwartet gute Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Ansporn im Studierendenparlament endlich wieder vernünftige Politik zu machen und den aktuellen ›HoPo-Kindergarten‹ nicht weiter eskalieren zu lassen.

Nur um es noch einmal klarzustellen: Wir sind *keine* Spaßliste!

Interessierte Studis können sich gerne per mail an uns wenden und sich aktiv einbringen! Schreibt uns über die Kontaktseite unserer Homepage ([www.LSD.ms](http://www.LSD.ms)) auf der auch weiterhin interessante Neuigkeiten von Lauter Studentischen DemokratInnen zu finden sein werden.







# Stellungnahme des uFaFo zu den SP-Wahlen 2003

Zunächst möchte das uFaFo allen seinen Wählern für ihr Vertrauen und ihre Stimme danken. Natürlich freuen wir uns auch über die verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung von 23 Prozent.

Da wir in diesem Jahr mit einer wesentlich kleineren Liste angetreten sind und uns demnach auch weitaus weniger aktive Wahlkämpfer zur Verfügung standen, sind wir mit den erzielten drei Sitzen zufrieden. Außerdem konnten wir so zu einer linken Mehrheit im SP beitragen, die sicherlich das Hauptziel dieser Wahl gewesen ist. Die Studierenden der Uni Münster haben damit zum einen die Politik und die Arbeit von SP und AStA im letzten Jahre gewürdigt und zum anderen eine Fortsetzung dieser Politik unerstützt. Wir hoffen, auch mit unserer zukünftigen Arbeit das Vertrauen der Studierenden zu rechtfertigen. Dazu gehört für uns, die im Wahlkampf aufgestellten Forderungen umzusetzen und uns weiterhin für die Interessen der Studierenden und insbesondere für benachteiligte Gruppen einzusetzen.

Das uFaFo versteht sich als offenes Forum und ist deshalb gerne bereit mit euch über alle hochschulpolitischen und sonstigen Fragen, zu diskutieren. Wir freuen uns natürlich auch über jede Verstärkung für das kommende Jahr und laden alle Interessierten herzlich ein, mal vorbei zu schauen. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20 Uhr in der KSHG, Frauenstraße 3-9.

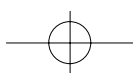
## Warum denn Plakate

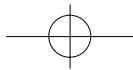
... der

Wahlkämpfe kosten Geld. Viel Geld. Auch die Wahl zum Studierendenparlament (StuPa) Ende November dürfte die meisten Listen mehrere hundert Euro gekostet haben. Nur gut, wenn man da an der aktuellen AStA-Koalition beteiligt ist ...

Der AStA hat nämlich ein Publikationsorgan, das heißt *Links vom Schloss* (LvS) und wird jeden Monat in einer Auflage von 2.000 Stück gedruckt. Die im AStA engagierten Hochschullisten kostet dieses Heft keinen Cent, denn finanziert wird es aus dem Haushalt und somit von den Semesterabgaben aller Studenten. Die November-Ausgabe der LvS, die hätte es fast nicht mehr gegeben. Aber – welch Überraschung – ausgerechnet am Dienstag, dem 25. und somit dem zweiten Tag der Wahlwoche, liegt das Heftchen randvoll mit gewohnt kompetenter Berichterstattung aus dem AStA-Öffentlichkeitsreferat in den Uni-Gebäuden. Und Referentin Caterina Metje berichtet über einen Skandal im StuPa: »Zuschüsse abschaffen? RCDS will Einschnitte in die »soziale Hängematte«« prangt es in dicken Lettern auf Seite vier. Natürlich: Hier geht es nur um objektive Berichterstattung – mit der gerade stattfindenden Wahl hat dieser Artikel überhaupt nichts zu tun.

»Die Münsteraner Ring-Vertreter«, so klärt uns der dick gedruckte Vorspann auf, seien bestrebt »Einschnitte in die »dicht-gewobene soziale Hängematte« anzumahnen«. Aha – der RCDS also mal wieder in der Rolle, in der man ihn durch die linke Brille am Besten kennt: Als Totengräber des Studi-Sozialstaats. Nur das, was die Autorin dann erst viel später im Artikel erwähnt, lässt uns Überschrift und Vorspann mit anderen Augen lesen: Nicht etwa der RCDS in seiner Gesamtheit hat im StuPa die Abschaffung von Zuschüssen für ausländische Studierende gefordert, sondern vielmehr das RCDS-Mitglied Henning Schulze. Ein anderer RCDSler hatte in der StuPa-Sitzung sogar betont, dass er nicht hinter dem Antrag stehe





## kleben ...?

### ASTA hat doch die »Links vorm Schloss«!

und dieser einzig das Werk von Schulze sei. Wie kommt die Autorin bei dieser Sachlage zu Überschrift und Vorspann? Ein bedauerlicher journalistischer Kunstfehler in der Wahlwoche?

Nicht der Einzige. In dem gesamten Artikel wird der Leser nämlich nicht über die eigentlich interessante Frage, das Ergebnis der Abstimmung im Studierenden-Parlament, informiert. Erst in der Fotozeile heißt es, dass das SP »bis auf den Antragsteller (...) geschlossen gegen die Abschaffung der Zuschüsse« stimmte. Also auch – das bestätigt auch das SP-Protokoll – genau die Hälfte des RCDS. Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren nämlich nur noch zwei RCDSler anwesend. Im Artikel allerdings hatte es noch geheißen, der RCDS-Parlamentarier Benjamin Lausch habe erklärt, der RCDS stehe hinter dem Antrag Schulzes. Seltsam nur, dass Lausch kurz vor der Abstimmung ging. So wichtig kann ihm die Unterstützung des Antrags dann wohl doch nicht gewesen sein. Während der Artikel also den Eindruck erweckt, der RCDS fordere die Abschaffung der Zuschüsse für ausländische Studierende, lässt das Abstimmungsergebnis – immerhin in der Fotozeile vage angedeutet – diesen Schluss nicht zu. Ein bedauerlicher journalistischer Kunstfehler in der Wahlwoche?

Wohl kaum. Hier geht es nicht um Fehler in der Berichterstattung, sondern um die »Frisierung« von Tatsachen für einen als Information getarnten Wahlkampf. Selbst wenn der RCDS tatsächlich mehrheitlich hinter dem Antrag stehen sollte, bleibt die Tatsache, dass hier studentische Gelder für Wahlkampf gegen die größte Oppositionsliste benutzt wurden.

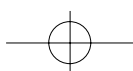
Keine Angst, Caterina. Bis zur nächsten Wahlwoche ist das bestimmt vergessen. Mal sehen, was dann deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger Spannendes über die böse Opposition zu berichten weiß.

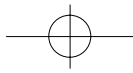
*Stefan Küper*



*Wahlhelfer in der Mensa I*

mar





## Neues aus dem Sandkasten

Vor einer Wahl wie der zum Studierendenparlament (StuPa), die Ende November stattfand, gibt es Fristen, die zur Abgabe der Wahlunterlagen einzuhalten sind. Zu diesen Unterlagen zählt ein Papier, auf dem alle Kandidaten der jeweiligen Hochschulliste aufgezählt sind und ein Haufen Papier, auf dem jeder Kandidat sein Einverständnis zur Kandidatur erklärt. Diese Frist lief vor der StuPa-Wahl in der Nacht vom dritten auf den vierten November um 0:00 Uhr ab. Eine Tatsache, mit der sich ein herrliches Possenspiel konzipieren lässt. Ganz großes Kino! Lest nun einen Auszug aus einem Pamphlet zweier fleißiger Fachschaftlerinnen, die das Szenario für die »studentische Öffentlichkeit« dokumentiert haben und dieses Schreiben vor der Wahl an alle Fachschaften verschickten:

»Um 0:03h übergaben sie (gemeint sind die für die Abgabe der Kandidatununterlagen verantwortlichen Mitglieder der Liberalen Studierenden-Initiative, LSI; Anm. des Autors) dem Zentralen Wahlausschuss (ZWA) ihre Wahlbewerbung, drei Minuten nach Ablauf der Frist. Eine Tatsache, die der ZWA mit einem entsprechenden Beschluss bestätigte: »Die Wahlliste der LSI (...) wird als nicht fristgerecht zugegangen betrachtet.« (Protokoll des ZWA vom 4. November 2003). Wieso diese Verspätung? Die beiden Listenvertreter der LSI (Namen von der Redaktion heraus genommen) die mit der Abgabe der Liste beauftragt worden waren, schrieben dies einem maschinellen Versagen des Nachtbriefkastens des Schlosses zu. Dieser, nicht geeicht und nur mit einem manuellen Uhrwerk versehen, soll vor Mitternacht und damit vor Ablauf der Frist geschlossen haben. Wie kann das sein? Die Hausmeister des Schlosses konnten dies nicht erklären. Auf das Problem hingewiesen, testeten sie die Genauigkeit der Zeitschaltuhr am darauffolgenden Tag und konnten keinen Fehler, keine Abweichung feststellen. Ein spontaner Aussetzer der Mechanik? Vielleicht.

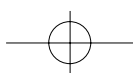
Sind die LSI-Vertreter wirklich vor 24:00 Uhr am Nachtbriefkasten gewesen? Nach eigenen Angaben und gegenseitiger Bezeugung ja. Und auch Dritte wollen dies gesehen haben, machten zahlreiche Angaben dazu, jedoch mit

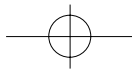
wenig Aussagekraft: Rudi Mewes (Uni-GAL) beispielsweise gab folgende schriftliche Stellungnahme ab: »Wir hörten das Glockenspiel der Schlossuhr. Es erscheint mir unmöglich in der Nachschau, die beiden Geräusche, das Glockenspiel und das parkende Auto (Anmerkung der Verfasserin: Das Auto der LSI-Listenvertreter?) in eine zeitliche Abfolge zu bringen, ich glaube aber (...)« Ein Ohrenzeugenbericht, der anderen widerspricht, zum Beispiel dem Ronny Mauls (LSD), der die Meinung äußerte, »(...) dass die Insassen des Autos den Briefkasten nicht mehr vor Läuten der Glocken erreicht haben können.« (Protokoll des ZWA vom 4. November 2003)

Was sagt das aus? Im Prinzip gar nichts. Außer, dass ein Auto in Verbindung mit dem Glockenspiel der Schlossuhr (Die übrigens ebenfalls nicht geeicht ist! Und wann ist 24 Uhr? Nach den Glockenschlägen? Nach dem Glockenspiel?) und damit nach den Gongschlägen zur Mitternacht vor dem Schloss gewesen sein soll.«

Stoff für jeden guten Krimi! Wessen Auto fuhr also nun zu welcher Tonlage welchen Glockenspiels aus welcher Richtung und mit welcher Geschwindigkeit zum Nachtbriefkasten des Schlosses, der wann, wie und von welcher Firma geeicht oder möglicherweise nicht geeicht wurde? Kann jemand Angaben zum Kennzeichen machen? Erkannte jemand die vermutlich gut verummten Insassen? Spannende Fragen, mit denen sich womöglich demnächst Gerichte beschäftigen müssen. Denn Vertreter der Unabhängigen Studierenden-Initiative und möglicherweise auch des Unabhängigen Fachschaftenforums (uFaFo, dem die Autorinnen des zitierten Pamphlets nahe stehen) wollen diese Tatsache zum Anlass nehmen, gegen die Gültigkeit der Ende November durchgeführten StuPa-Wahlen zu klagen.

Warum? Ganz einfach: Weil die Vertreter der LSI wegen des schon geschlossenen Nachtbriefkastens vom Schloss direkt zum Tagungsort des ZWA fahren und dort erst um 0:03 Uhr – und nicht etwa um 0:00 Uhr – eintrafen (hoffentlich handelt es sich bei den Uhren der ZWA-Vertreter um direkt von der Atomuhr gesteuerte Funkuhren). Vertreter einiger ande-





## Warum wir nur hoffen können, dass im StuPa unserer Uni nicht die ›politische Elite‹ von Morgen heranpubertiert.

rer Listen – namentlich der US, des uFaFo, des RCDS und der LSD – sahen in einer Zulassung der LSI zur Wahl trotz dieser skandalösen Verspätung um drei Minuten eine Benachteiligung ihrer eigenen Liste (Zitat aus dem Pamphlet: »... Frank Hölscher (LSD) bestätigte einen möglichen Nachteil seiner Liste durch die Verlängerung der Frist im Nachhinein um drei Minuten...“). Welchen Nachteil er sieht, erwähnen die Autorinnen des Pamphlets leider nicht. Objektiv betrachtet gibt es nämlich gar keinen, außer den, den unsere Nachwuchs-Politiker nur ungern nennen möchten: Möglicher Stimmengewinne anderer Listen durch die Nicht-Teilnahme der LSI. Die konnte bei den vergangenen Wahlen nämlich regelmäßig zwischen 10 und 20 % der Stimmen auf sich vereinigen. Eine recht große Wählerschar, die sich da eine neue politische Heimat hätte suchen müssen.

Die ganze Posse hätte vermieden werden können, wenn nicht einige an dieser Uni politisch Aktiven von einem fast krankhaften Konkurrenzwahn und einer kaum zu erklärenden Geilheit auf absolut lachhafte Schmierenskomödien getrieben wären. Man hätte zum Beispiel im ZWA gemeinsam auf die Uhr schauen können und kollegial feststellen können, dass die Frist so gerade noch eingehalten wurde. Man hätte es auch als absolut glaubhaft einstufen können, dass die LSI-Vertreter rechtzeitig am Nachtbriefkasten des Schlosses waren. Verschiedene Studis haben nämlich mittlerweile bestätigt, dass der Nachtbriefkasten nicht immer punktgenau funktioniert. Man hätte auch – um die Form zu wahren – die Frist nachträglich um drei Minuten verlängern können. Alles Lösungen, die verschiedene Vertreter des ZWA – insbesondere aus Reihen der Jusos, der Uni-GAL und natürlich auch der LSI – vorgeschlagen haben. Aber in der großen Politik geht das nun mal anders. Da wird der böse Konkurrent getreten, behindert und beschimpft wo es nur geht. Und da ein paar fleißige Nachwuchs-Politiker das auch schon gemerkt haben, eifern sie jetzt schon mal ihren großen Vorbildern nach.

Ach ja, bliebe noch zu erwähnen, dass eine Verschiebung der Wahl – wie von diesen Komödien-Freaks vorgeschlagen – die Studie-

rendenschaft mindestens 4.000 Euro gekostet hätte und zudem den jetzigen AstA vor das Problem gestellt hätte, dass sich seine Amtszeit unfreiwillig verlängert hätte.

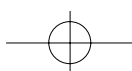
Ich war vor zwei Jahren übrigens auch mal Mitglied dieses Kasperletheaters namens StuPa und habe mir eingebildet, dass wir den Studis an dieser Uni tatsächlich irgendwie nutzen.

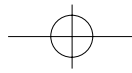
»Fakt ist: Eine Klage ist möglich. Und wir sagen offen: Klagt, Leute, ihr habt das Recht dazu! Klagt, bzw. gebt mit eurer Stimmabgabe in der Wahlwoche ein eindeutiges Zeichen dafür, dass das parteipolitische Gekungel nicht mit Wahlerfolgen bestätigt werden darf. Ein Zeichen für die möglicherweise notwendige Abschaffung der verfassten Studierenden-schaft in dieser Form: Wählt, wählt partei-unabhängige Listen (beispielsweise das uFaFo, das als einzige Liste den Mut zu offener Kritik gegen die Arbeitsweise der hochschulpolitischen ›Fädenzieher‹ äußerte) oder wählt das SP ungültig. Wählt die Basis, wählt die Fachschaften!!!« (Zitat aus dem Schlussteil des Pamphlets)

Ja, dann klagt mal schön, nachdem Ihr das SP ja leider nicht »ungültig gewählt« habt - wie auch immer das hätte funktionieren sollen. Aber beschwert Euch nicht, wenn Ihr in einem Jahr aus Eurer Sandkasten-Schlacht aufschaut und feststellt, dass die wirklich große Politik inzwischen die Gelder für Hochschulen weiter zusammengestrichen oder weitere Studiengebühren eingeführt hat, während Ihr Interessenvertreter der Studis Euch mit Wichtigerem beschäftigt habt. Schließlich geht es ja um drei Minuten ...

*Stefan Küper*

P.S.: Der Fairness halber sei angemerkt, dass sich das uFaFo kurz vor der Wahl von dem Schreiben der Fachschaftlerinnen distanziert hat. Allerdings erklärten die beiden Fachschaftlerinnen daraufhin, dies könne das uFaFo gar nicht, da es in dieser Liste keinen ›Fraktionszwang‹ oder ähnliches gebe.





## »Vor uns liegen doch

**SSP-Redakteur Stefan Küper sprach mit dem ASTA-Vorsitzenden Sascha Vogt über den Zentralen Wahlausschuss (ZWA), Sandkastenspiele und Vogts Zukunft im Freien Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs). Das Interview fand vor der StuPa-Wahl statt.**

**Semesterspiegel (SSP) : Es gab in den Wochen vor der Wahl eine Menge Aufregung um die LSI. Sie hatte ihre Unterlagen drei Minuten zu spät eingereicht, der Zentrale Wahlausschuss (ZWA) hat daraufhin lange über eine Zulassung diskutiert, ist schließlich geschlossen zurück getreten und das StuPa installierte flugs einen Neuen. Ein Riesen-Tohuwabohu. Wie stehst Du denn zu der ganzen Sache? Wer hat aus Deiner Sicht die Situation denn so eskalieren lassen?**

Sascha Vogt: Ich glaube dass der Zentrale Wahlausschuss (ZWA) mit der Situation etwas überfordert war und panisch reagiert hat. Wenn man sich die Vorkommnisse ganz nüchtern anschaut, handelt es sich um eine ganz einfache Geschichte. Defekte Nachtbriefkästen hat es auch schon in anderen Fällen gegeben und zu solchen Fällen gibt es auch einschlägige Gerichtsurteile. Diese besagen, dass im Falle eines defekten Briefkastens die Betroffenen ganz offensichtlich unverschuldet daran gehindert wurden, ihre Unterlagen fristgerecht einzureichen. Also tragen sie nicht die Verantwortung, wenn die Unterlagen etwas zu spät eintreffen. Hier hätte man etwas ruhiger und besonnener reagieren können. Aber natürlich stand der ZWA in der Situation auch unter großem Druck, da offenbar viele Leute von Außen meinten mitreden zu müssen. Ich möchte aber betonen, dass

ein ASTA-Vorsitzender hier auch mitreden muss, da er unmittelbar betroffen ist. Ich trage die Rechtsaufsicht über dieverfasste Studierendenschaft und muss deshalb für solche Vorkommnisse gerade stehen. Daher muss ich auch jede Entscheidung des ZWA mit verantworten können.

**Du siehst also nicht die Gefahr, dass jemand auf die Idee kommen könnte, gegen die Wahl zu klagen?**

Zunächst einmal finde ich es sehr gewagt, schon vor der Wahl zu behaupten, es bestehe die große Gefahr, dass jemand klagt. Niemand vermag das wirklich einzuschätzen ...

**... aber Magnus Becker hat doch angekündigt zu klagen, oder?**

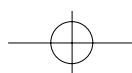
Ja, das hat er angekündigt. Aber ob die Aussagen von Magnus Becker immer so relevant sind, wage ich mal zu bezweifeln. Natürlich kann Magnus Becker oder sonst irgendwer jederzeit gegen jede beliebige Wahl klagen. Die relevante Frage ist aber, lässt ein Gericht so eine Klage überhaupt zu? Und zweitens – wenn es sie zulässt – wie entscheidet es dann? Muss dann wegen dieser Fristüberschreitung von drei Minuten ein komplettes Wahlverfahren wiederholt werden? Nach Absprache mit diversen Juristen glaube ich, dass ein Gericht eine solche Klage gar nicht zulassen würde. Und selbst wenn die Klage zugelassen würde, würde sicher kein Gericht von uns verlangen, die komplette Wahl zu wiederholen, da nicht erkennbar ist, wer durch diese Fristüberschreitung gravierende Nachteile erlitten haben soll. Es hat keine Fehler im Wahlverfahren gegeben, die das Ergebnis in irgendeiner Weise beeinflusst haben könnten. Das ist der ent-

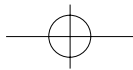
scheidende Punkt.

**Viele Außenstehende empfinden das ganze sowieso nur als riesengroßes Kasperletheater. Das hat bestenfalls noch Unterhaltungswert, viele schütteln aber auch einfach nur den Kopf darüber. Besteht durch solche Aktionen nicht die Gefahr, dass die Wahlbeteiligung noch weiter sinkt, weil viele Studis denken: An solchen Sandkasten-Spielchen beteilige ich mich nicht?**

Das könnte ich zumindest voll und ganz nachvollziehen, dass da keiner mehr Lust hat zur Wahl zu gehen. Ich glaube auch, dass diese ganze Diskussion einen viel zu großen Raum einnimmt. Vor uns liegen doch ganz andere Probleme! Es wird über allgemeine Studiengebühren diskutiert, wo in naher Zukunft vermutlich einige Dämme brechen werden. Politiker denken laut über BAFöG-Kürzungen nach – das sind die Dinge, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Daneben sollte man einfach den ZWA und den ASTA-Vorsitzenden seine Arbeit machen lassen und eine vernünftige Wahl über die Bühne kriegen. Ich habe dafür Sorge zu tragen, dass der Laden hier intern funktioniert. Das tut er und für uns ist es Zeit, sich mit den wesentlichen politischen Fragen zu beschäftigen. Es kann nicht im Interesse der Studierendenschaft liegen, dass sich 10 bis 15 Leute vier Wochen lang nur mit der Frage beschäftigen: Hat die LSI fristgerecht abgegeben oder nicht?

**Noch eine Frage zu dem ZWA-Thema: Zwei Fachschaftlerinnen aus dem uFaFo haben ja eine mail an die Fachschaften verschickt, in der sie verschiedene Leute auch persönlich angegriffen haben. Leute vom uFaFo arbeiten auch im ASTA mit. Wie ist denn jetzt hier das Klima? Belastet**





# ganz andere Probleme!

Interview mit dem AStA-Vorsitzenden Sascha Vogt



AStA-Vorsitzender Sascha Vogt.

Foto: Caterina Metje

## so etwas die Arbeitsatmosphäre nicht noch zusätzlich?

Die Sache ist mittlerweile ausgeräumt. Das uFaFo hat sich von dieser fürchterlichen Stellungnahme deutlich distanziert und sagt selbst, dass die Darstellung der Fachschaftlerinnen so nicht haltbar ist und in vielen Punkten einfach nicht der Wahrheit entspricht. Da steht auch drin, dass irgendjemandem seitens des AStA körperliche Gewalt angedroht worden sei. Das stimmt einfach nicht. Ich tue so etwas nicht und ich glaube auch nicht, dass irgendjemand sonst aus dem AStA so etwas tun würde. Das uFaFo hat deutlich erklärt, dass die dort dargestellte Position nicht uFaFo-Position ist und somit sehe ich auch nicht die Gefahr negativer Auswirkungen auf die AStA-Arbeit. Wir arbeiten hier vertrauensvoll zusammen und ich glaube auch, dass wir uns in den

kommenden Wochen wieder auf das Wesentliche konzentrieren können.

**Zu einem anderen Thema. Du bist Ende Oktober in den Vorstand des Freien Zusammenschlusses von Studierenden-schaften (fzs) gewählt worden. Dazu zunächst einmal unsere herzlichen Glückwünsche. Deine Amtszeit als AStA-Vorsitzender war zu dieser Zeit gerade einmal zu etwas mehr als der Hälfte rum. Wie willst Du nun die zeitaufwendige Vorstandsarbeit im fzs mit der des AStA-Vorsitzenden unter einen Hut bekommen?**

Ich habe auf der fzs-Mitgliederversammlung klar zu diesem Thema Stellung bezogen. Da mich sehr viele Leute gebeten haben zu kandidieren, habe ich das gemacht. Ich habe aber auch klargestellt, dass ich erst dann dem fzs voll und ganz zur Verfügung stehen werde, wenn ich nicht mehr AStA-Vorsitzender bin. Zur Zeit beschränkt sich mein Engagement für den fzs auf meine Freizeit. Mein primärer Job ist es, hier im AStA vernünftige Politik zu machen und erst wenn mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin gewählt ist, werde ich mich ganz dem fzs widmen. Im Moment profitiere ich sogar von vielen Synergieeffekten, da ich ja den AStA unserer Uni sowieso schon auf vielen fzs-Treffen vertreten habe. Ob ich da nun als Vertreter des münsterischen AStA's oder des Vorstands sitze, ist nicht ganz so relevant, da ja auch andere AStA-Referenten unsere Positionen sehr gut vertreten können.

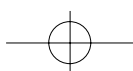
**Was ist denn Dein Aufgabenbereich im fzs-Vorstand? Wo möchtest Du Schwerpunkte setzen?**

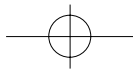
Es gibt drei bis vier Themenschwer-

punkte, mit denen ich mich beschäftigen werde: Das eine ist die Öffentlichkeitsarbeit. Der fzs hat in der Geschäftsführung eine Pressereferentin eingestellt, die hier sicherlich einiges verbessern wird. Ich will mich darum kümmern, dass die Interessen und Positionen der Studierenden besser an die Öffentlichkeit kommen. Der zweite große Bereich ist der der Sozialpolitik, wo es zum Beispiel um die Studentenwerke und um das BAFÖG geht.

Der dritte Bereich umfasst Studiengebühren und Hochschulfinanzierung allgemein. Es reicht ja nicht, nur ständig Opposition gegen Studiengebühren zu beziehen, sondern wir müssen auch sagen, wie wir uns Hochschulfinanzierung denn vorstellen. Natürlich ist es wichtig, die Argumente gegen Studiengebühren ständig neu zu betonen, langfristig werden wir so die Debatte aber nicht gewinnen.

Der vierte Bereich umfasst das Thema Studienreform, wo es darum geht, den europäischen Hochschulrahmen mit Bachelor- und Masterabschlüssen auch sinnvoll umzusetzen. Hier wollen wir den Asten und StuRas bei der Implementierung vor Ort sinnvolle Hilfestellung geben. Worauf müssen die Asten da achten? Da passieren ja gelegentlich ganz fürchterliche Sachen, zum Beispiel dass da mal eben irgendwie Semesterwochenstunden in das European Creditpoint Transfer System (ECTS) umgerechnet werden. Das ist dann überhaupt nicht mehr nachvollziehbar und hat gar nichts mehr damit zu tun, was die Kultusministerkonferenz mal zur Berechnung von ECTS beschlossen hat. Hier brauchen die lokalen Studierendenvertretungen vor Ort effiziente Hilfestellung, um wiederum die Interessen ihrer Studis bei dieser Implementierung zu wahren.





## Der FZS – Studentischer Dachverband oder

Nachdem in der letzten Ausgabe des Semesterspiegels der Vorschlag des RCDS aus dem FZS (Freier Zusammenschluß der Studierendenschaften) auszutreten und dadurch den Studierenden in Münster 22.000 Euro Mitgliedsbeitrag jährlich zu ersparen auf heftigen Widerspruch aus ›ASTA-Kreisen‹ gestoßen ist, möchte ich nun vor allen Dingen die Unterstellung, die Mitglieder des RCDS wüssten nicht, wovon sie reden, mit einer kurzen Aufzählung einiger für unsere Entscheidung für einen Austritt maßgeblichen Gründe begeben.

Zuerst einmal möchte ich betonen, dass der FZS beileibe nicht der Dachverband aller Studierenden ist. So gehören ihm gerade einmal ca. 70 von 175 deutschen Studierendenschaften an, die insgesamt etwa 850.000 (d.h. nicht einmal die Hälfte) aller eingeschriebenen Studentinnen und Studenten repräsentieren. Beispiele von Hochschulen in NRW, die nicht diesem Verband angehören, aber dennoch eine funktionierende Vertretung ihrer Studierenden garantieren, sind die Universität zu Köln (im Übrigen die größte Deutschlands) und die Universität Düsseldorf, neben einigen weiteren. Die ASTen dort werden übrigens nicht vom RCDS gestellt, sondern von anderen, oftmals linken Gruppierungen, die den Sinn einer Mitgliedschaft im FZS anscheinend ebenfalls nicht erkennen können.

Nun jedoch zur inhaltlichen Kritik. Eine leistungsfeindliche, linksideologisch geprägte Grundausrichtung kann der FZS auch nach seiner ›Reform‹ im Jahre 2001 nicht verleugnen.

Aus so ziemlich jeder Stellungnahme und Pressemitteilung des Verbandes (einzusehen unter [www.fzs-online.org](http://www.fzs-online.org)) ist dies eindeutig ersichtlich. Man müsste ein Buch schreiben, wollte man sämtliche Kritikpunkte erwähnen. Ich

möchte mich daher auf drei für mich wesentliche Punkte beschränken, die exemplarisch zeigen, dass eine 22.000 Euro teure Mitgliedschaft in diesem Verband zumindest außerordentlich fragwürdig, in meinen Augen sogar völlig abzulehnen ist:

### **1. Forderung des FZS zur Verlängerung des Staatsvertrages mit der ZVS (Zentrale zur Vergabe von Studienplätzen) über 2005 hinaus.**

Eine große Mehrheit von Studentinnen und Studenten von NC-Fächern wird sich bei dieser Forderung ungläubig die Augen reiben. Folgende Erfahrung dürften sehr viele nämlich mit mir teilen: Man schreibt eine Bewerbung unter Angabe des Notendurchschnitts und eventueller sozialer Gründe an die anonyme, zentralistische Behörde in Dortmund und hofft, an der Universität studieren zu dürfen, die man als ›Erstwunsch‹ angegeben hat. Leider sitzen in der ZVS-Zentrale aber keine Weihnachtsmänner, sondern Bürokraten. Folglich klappt das mit dem Erstwunsch beim ersten Mal oftmals nicht. Denn bei der ZVS geht es bei der Zulassung zum Studium ganz klar nach Notendurchschnitt und eventuellen Wartezeiten, bei der Zuordnung der Studierenden zu den einzelnen Universitäten fragt man sich allerdings nicht selten, welche und ob überhaupt Kriterien zugrunde liegen. Hat man nämlich kein ›Sozialkriterium‹ wie Behinderung oder Pflege von Familienangehörigen erfüllt, gleicht die ›Zuweisung‹ zu Studienorten einer Lotterie, die von der Laune und Arbeitsweise des jeweiligen Sachbearbeiters abzuhängen scheint.

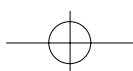
Wenn beispielsweise zwei Studienanfänger des gleichen Faches mit zwei völlig verschiedenen Notendurchschnitten und völlig verschiedenen Ortswünschen, die aber zufällig im gleichen

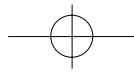
Dorf wohnen, ganz zufällig bei der ersten Bewerbung einer Universität zugewiesen werden, die keiner von beiden bei seine Bewerbung erwähnt hatte und die auch in keinster Weise als ›heimatnah‹ eingestuft werden könnte, ist dies nur eines von vielen Beispielen für die Arbeitsweise der ZVS.

Dass bei der Angabe von Sozialkriterien seitens der Bewerber nicht selten heftig geschummelt wird, um die Chance an seine Wunsch-Uni zu kommen zu erhöhen, ist eine der Wucherungen dieses ineffizienten und in vielen Bereichen intransparenten Systems. Es ist daher nur konsequent, wenn die Kultusministerkonferenz den Einfluß der ZVS zurückdrängen und den Betroffenen (den Universitäten auf der einen und den Studienbewerbern auf der anderen Seite) mehr Eigenverantwortung zurückgeben will. So hat jeder Bewerber die Chance, individuelle Stärken, wie soziales Engagement oder gute Leistungen in bestimmten Bereichen bei der Direktbewerbung zu erwähnen, während all dieses bei dem bisherigen Verfahren unberücksichtigt bleibt.

Dass der FZS für die Beibehaltung der ZVS in ihrer alten Form eintritt, ist nur mit seiner ungebrochenen Staatsgläubigkeit und der Angst vor freiem und fairem Wettbewerb zu erklären.

Die Behauptung, dass nach Abschaffung der ZVS keine finanziell schwächer Gestellten, Behinderten oder Ausländer mehr in den betreffenden Fächern an deutschen Hochschulen studieren könnten ist ebenso platt wie falsch. Das nach wie vor soziale Kriterien angewendet werden (vielleicht sogar stärker und dem Einzelfall besser gerecht werdend als bisher) ist völlig klar und wird lediglich von Anhängern der zentralistischen ZVS verneint, um ihr letztes und einziges Argument diesen Moloch zu erhalten, nämlich die ›soziale Gerechtigkeit‹.





## r links-ideologische Interessenvertretung?

keit bei der Studienplatzvergabe, nicht zu entkräften. Ich würde dagegen sagen, dass dem Missbrauch von sozialen Kriterien zu Lasten wirklich Betroffener durch die neu zu schaffende Transparenz ein Riegel vorgeschoben wird.

### 2. Ablehnung des Hochschulmarketings durch den FZS

In einer Stellungnahme des FZS, die auf der 21. Mitgliederversammlung im Frühjahr 2002 verabschiedet wurde, heißt es: »Wir lehnen dagegen ein Hochschulmarketing ab.« Als Begründung folgt dann weiter: »Das dabei Unwahrheiten und Klischees verbreitet werden erscheint uns unausweichlich.« Das bedeutet im Klartext, dass der FZS den Hochschulen unterstellt, in ihren offiziellen Selbstdarstellungen zu lügen, die selbstverständlich unter den Begriff »Hochschulmarketing« zu fassen sind. Einen Beweis dieser ungeheuerlichen Behauptung bleibt der FZS schuldig. Eine Fundierung dieser Aussage durch Daten und Fakten bleibt aus. In dieser dümmlichen Formulierung kommt erneut die sich durch die gesamte Arbeit des FZS ziehende Ablehnung jeglicher Form von Wettbewerb und Leistung zum Ausdruck.

### 3. Mangelnde Distanz zu linksextremen Organisationen

Der dritte und letzte Punkt, den ich anführen möchte, hebelt den Anspruch des FZS, Vertretung aller Studierenden in Deutschland zu sein, endgültig aus, zeigt er doch die eindeutig linksideologisch gefärbte Zielrichtung dieses Verbandes.

So kramt der FZS bei der Beurteilung des Verbindungswesens in Deutschland die alten, liebgewonnenen Feindbilder wieder aus. Damit man mich nicht falsch versteht: Natürlich gibt es bei der Vielzahl von studentischen Verbindun-

gen in Deutschland schwarze Schafe und diese zu nennen und öffentlich anzuprangern ist Pflicht eines jeden aufrechten Demokraten. Doch das was der FZS zum Thema Verbindungen zu sagen hat ist schlichtweg verleumderisch und gibt im besten Fall ein (politisch motiviertes) stark verzerrtes Bild der Wirklichkeit wieder. So heißt es in einem Hintergrundpapier:

»Für Jungnazis und generell Rechtsextreme sind Verbindungen natürlich attraktiv: Klare Hierarchien, klare Geschlechterrollen, Akzeptanz für rechte Polemik, männerbündische Geselligkeit mit viel Bier – den meisten Jungnazis gefällt so was. Kein Wunder, dass Verbindungen ein Tummelplatz für Ultrarechte sind...«

Dass die eine oder andere Tradition der studentischen Verbindungen für Außenstehende etwas eigenartig und unzeitgemäß erscheinen mag ist das eine. Die pauschale Gleichsetzung aller Verbindungsstudenten mit »Jungnazis« und »Ultrarechten« ist jedoch etwas völlig anderes und lässt jede sachliche Kritik vermissen. Ich selber bin nicht korporiert, kenne jedoch einige Kommilitonen, die es sind, und auf die die Beschreibung »ultrarechts« nun überhaupt nicht zutrifft.

Weiß man, wer dieses »Hintergrundpapier« verfasst hat, wird vieles klarer: Der sogenannte »Arbeitskreis-Antifa« des FZS. Es stellt sich nun die Frage, ob diese Bezeichnung des Arbeitskreises lediglich eine Achtlosigkeit der FZS-Verantwortlichen ist, oder ob es tatsächlich eine Zusammenarbeit mit der Antifa gibt, die bekanntermaßen seit Jahren wegen linksextremistischer Tendenzen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Erhärtet wird der Verdacht der Kooperation von FZS und linksextremen Organisationen nicht zuletzt durch einen auf der Homepage des FZS zu findenden Links zum linken Internetportal »nadir.

org, über das man bequem weiter zu allen möglichen (und noch viel mehr unmöglichen) linksextremen Gruppen gelangt.

Eine Verfolgung wirklicher rechtsextremer Umtriebe begrüßt der RCDS ausdrücklich, jedoch muß sich der FZS auf der anderen Seite auch klar und eindeutig von linksextremen Organisationen wie der Antifa distanzieren.

Es ist hierbei lediglich eine Anekdote am Rande, wenn sich der FZS in einer weiteren Stellungnahme für die Abschaffung sämtlicher Geheimdienste (also auch des Verfassungsschutzes) ausspricht.

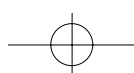
Es gäbe eine Vielzahl an Punkten, die klar machen, warum der FZS als Dachverband untragbar ist und die logische Konsequenz der Austritt der Studierendenschaft der Uni Münster aus diesem wäre. Dies würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Festzuhalten bleibt, dass der AStA der Uni Münster durch seine uneingeschränkte Unterstützung der Politik des FZS ein Bekenntnis gegen den Grundsatz des Wettbewerbs und der Leistung im deutschen Bildungswesen, für die Beibehaltung der zentralistischen ZVS und gegen sämtliche studentischen Verbindungen abgibt.

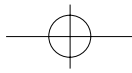
Viel schlimmer und völlig untragbar ist jedoch, dass er damit seine Unterstützung oder zumindest Duldung linksextremer Organisationen wie der Antifa dokumentiert.

Ich fordere den AStA der Uni Münster auf, darauf zu drängen, aus dem FZS auszutreten oder zumindest dahingehend zu wirken, dass jedwede Zusammenarbeit des FZS mit linksextremen Organisationen umgehend eingestellt wird.

Jan Gierke







## fzs wählt neuen Vorstand

Auf der 24. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) in Kassel wählten studentische VertreterInnen am Wochenende einen neuen Bundesvorstand. Die Mitglieder des sechsköpfigen Gremiums sind Nele Hirsch (Universität Jena), Colin Tück, Harald Pittel (beide RWTH Aachen), Annerose Gulbins (Technische Universität Dresden), Sascha Vogt (Universität Münster) und Christine Scholz (Freie Universität Berlin). Die Delegierten der Hochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet verabschiedeten außerdem das Arbeitsprogramm des Dachverbandes für das kommende Jahr.

Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Studienreform, Sozialpolitik und Internationalisierung der Hochschulen. Der fzs wendet sich gegen Reformen, die auf Privatisierung der Hochschulen abzielen und StudentInnen zu KundInnen degradieren. Stattdessen fordert er studentische Partizipation bei den anstehenden Reformvorhaben. So setzt sich der Dachverband weiterhin für eine stärkere Einbeziehung studentischer Perspektiven bei der Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes, dem sogenannten Bologna-Prozess, ein.

Sozialpolitisch steht eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk (DSW) auf dem Programm. Ziel ist, durch mehr Mitgestaltung die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums zu verbessern. Denn nur mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum, preisgünstigen Mensen und einem umfassenden sozialen Beratungsangebot wird der Hochschulzugang auch für Kinder finanzschwacher Familien ermöglicht.

Im Bereich Internationalisierung der Hochschulen arbeitet der fzs im nächsten Jahr verstärkt zu Fremdenfeindlichkeit und zur Situation von ausländischen StudentInnen an den Hochschulen. Gemeinsam mit dem Bundesverband Ausländischer StudentInnen (BAS) organisiert der Dachverband im kommenden Frühjahr ein Festival gegen Rassismus.

Der fzs möchte auch weiterhin seinen Einfluss als studentischer Dachverband in Hochschule und Gesellschaft ausbauen. Dazu gehört die verstärkte Einbeziehung ostdeutscher Hochschulen in die Verbandsarbeit. Mit den Beitritten der Universitäten in Cottbus und Jena ist der fzs mittlerweile in fast allen Bundesländern präsent und vertritt rund 1 Million aller StudentInnen in Deutschland.

*Astrid Marxen*

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

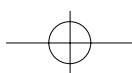
## »Rentenansprüche müssen erhalten bleiben«

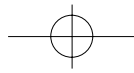
**Der AStA der Uni Münster lehnt die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Rentenansprüche für Studierende ab. Aus Sicht der Studierendenvertretung werden für sozial schwache Schichten so neue Barrieren für die Aufnahme eines Studiums aufgebaut. »Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch bei der Bundesregierung immer weiter auseinander: Auf der einen Seite sollen möglichst viele junge Menschen studieren, auf der anderen Seite werden ihnen alle nur erdenklichen Steine in den Weg gelegt«, sagte Sascha Vogt, Vorsitzender des AStA der Uni Münster.**

Im Zuge der Reform der Renten plant die Bundesregierung, Ausbildungszeiten nicht mehr wie bisher auf die Rente anzurechnen. Von dieser Regelung sind angehende Akademiker in besonderem Maße betroffen, da bei ihnen die Ausbildungszeit naturgemäß besonders lang ist. Vogt: »Wenn das so beschlossen ist, gibt es noch weniger Anreiz, ein Studium aufzunehmen, da die Studierenden ja damit rechnen müssen, im Alter darunter leiden zu müssen.« Aus Sicht des AStA wird sich diese abschreckende Wirkung erneut in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden bemerkbar machen. Schon im Zeitraum von 1982 bis 2000 ist der Anteil der Studierenden mit einer bildungsfernen Herkunft von 23 auf 13 Prozent gesunken. »Gerade die Personen, die finanziell vom Elternhaus nicht abgesichert sind, werden dann lieber eine kurze Ausbildungszeit wählen und das so vergrößerte Risiko eines Studiums nicht auf sich nehmen«, sagte Vogt.

Der AStA appelliert daher auch und gerade an alle Münsteraner Bundestagsabgeordneten, diesem Punkt nicht zuzustimmen. »Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil des Stadtlebens. Eine Verringerung der Zahl der Studierenden würde sich auch in der kommunalen Wirtschaft bemerkbar machen, unsere Abgeordneten haben daher auch eine Verantwortung für ihren Wahlkreis«, so Vogt abschließend.

*AStA-Mitteilung*





## »Für Anerkennung der Fachschaftsarbeit stark machen«

Der AStA der Uni Münster und die Konferenz der Fachschaften der Uni Münster sind empört über die Nicht-Gewährung von Bonussemestern für Fachschaftsarbeit im Zusammenhang mit der Einführung von Studienkonten. »Mit dieser Entscheidung hat das Ministerium und auch letztlich die Ministerin erneut ihre nicht vorhandene Sachkenntnis über Zusammenhänge an den Hochschulen unter Beweis gestellt«, sagte Sascha Vogt, Vorsitzender des AStA der Uni Münster.

Im Rahmen der Einführung von Langzeitstudiengebühren in Form von Studienkonten werden für bestimmte Gruppen von Studierenden sogenannte »Bonussemester« gewährt. Damit werden diesen Gruppen zusätzliche Semester für die kostenfreie Beendigung ihres Studiums zu Verfügung gestellt. Betroffene Gruppen sind hierbei neben behinderten und chronisch kranken Studierenden sowie Studierenden mit Kind, auch studentische Vertreter in den Organen der Hochschule oder der Studierendenschaft. Das Ministerium fasst als Organe der Studierendenschaft jedoch nur das Studierendenparlament und den AStA auf. Diese Interpretation wird auch von Juristen bezweifelt. Vogt: »Ob das nun juristisch einwandfrei ist oder nicht, fest steht: Man kann auch Fachschaften als Organe der Studierendenschaft betrachten, man muss das nur wollen.«

An der Uni Münster sind Hunderte Studierende in den 46 Fachschaften aktiv und leisten neben der politischen Vertretung der Studierenden intensive Beratungsarbeit. Gerade zu Beginn des Semesters sind es meist die Fachschaften, die den Erstsemestern die ersten Schritte an der Uni erleichtern. »Die Fachschaften nehmen auch und gerade der Hochschule durch die Beratung viel Arbeit ab. Wenn das demnächst eingeschränkt werden muss, wird sich die Beratungssituation noch weiter verschlechtern«, sagte Vogt. Dies könnte sich darüber hinaus auch als kontraproduktiv zu der zentralen Intention der Studienkonten erweisen, da sich Studienzeiten von schlecht oder gar nicht informierten Studierenden aufgrund mangelnder Beratung verlängern werden.

AStA und Fachschaften wollen sich nun gemeinsam für eine Anerkennung der Fachschaftsarbeit stark machen: »Entweder das Ministerium lässt da einen Interpretationsspielraum, oder das Gesetz muss geändert werden. Wichtig ist uns nur, dass zumindest in diesem Punkt Bewegung erkennbar wird. Dafür werden wir uns in den nächsten Wochen stark machen«, so Vogt abschließend.

AStA-Mitteilung

## Studienkonten:

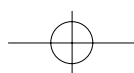
# Keine rückwirkende Berücksichtigung von Studiengangwechseln

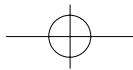
**Das Recht auf eine Orientierungsphase von 2 Semestern, in der das Studium ohne Abbuchungen vom Studienkonto gewechselt werden kann, wird Studierenden rückwirkend nicht eingeräumt. Das teilte das Ministerium für Wissenschaft und Forschung der Universität Münster per Erlass mit. Ein Wechsel des Studiums sorgt nach der neuen Sachlage also nur noch dann für ein komplett neues Guthaben, wenn der/die Studierende im Sommersemester ein Konto bekommt und dann anschließend noch innerhalb der ersten beiden Hochschulsemerster wechselt. Vergangene Studiengangwechsel werden nicht mehr berücksichtigt; die entsprechenden Semester werden ganz normal vom Konto abgebucht. Der AStA der Universität findet diese Ungleichbehandlung von Studierenden völlig untragbar.**

Begründet wird der Erlass vom Ministerium mit einem Verweis auf das Studienkontengesetz. Dort wird unter Artikel 2 §2 erklärt: »Bei Studiengangwechseln bis zum Beginn des dritten Hochschulsemersters wird erneut ein vollständiges Guthaben gewährt.« Ein neues Guthaben könne nur gewährt werden, wenn es bereits ein altes Guthaben gegeben habe. Da aber im kommenden Sommersemester allen Studierenden zum ersten Mal ein Konto eingerichtet werde, könnten Studierende ja nicht direkt ein neues Konto bekommen. »Diese Argumentation ist hanebüchen«, so die AStA-Referentin für Hochschulpolitik Dörthe Kuhlmann. »Schließlich berücksichtigt das Studienkonto auch alle anderen vergangenen Semester rückwirkend. Bonusguthaben für Kindererziehung können Studierende ja z.B. auch beantragen, wenn das Kind in der Vergangenheit erzogen wurde.«

Studierende, die in den ersten beiden Hochschulsemerstern gewechselt haben, deren Wechsel aber nicht anerkannt wird, sollten sich auf jeden Fall im AStA melden. Dieser strebt eine entsprechende Klage an.

AStA-Mitteilung





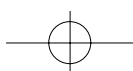
## Uni-Verwaltung hebt Antragsfrist für Bonusguthaben auf

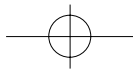
Der dritte November dieses Jahres als Fristende für eine Beantragung von Bonusguthaben für das Studienkonto ist aufgehoben. Dies teilte das Dezernat 2 der Universitätsverwaltung dem AstA gestern mit. »Bonusguthaben« gibt es für solche Semester, die nicht auf das Studienkonto, das im kommenden Semester eingerichtet wird, angerechnet werden. Das betrifft zum Beispiel Semester, in denen der betreffende Studierende durch schwere oder chronische Krankheit nicht studieren konnte, oder solche, in denen Studierende sich vornehmlich um die Erziehung ihrer eigenen Kinder gekümmert haben. Diese Bonusguthaben für zurückliegende Semester können bis zum Ende des Sommersemesters 2004 beantragt werden. Da die Verwaltung noch dabei ist, anhand der Verwaltungsvorschriften zum Studienkontengesetz, die nun endlich vorliegen, auszuarbeiten, rät der AstA den Studierenden nach wie vor, den Antrag vorerst ruhen zu lassen. »Hastig gestellte Anträge mit willkürlichen Belegen führen nur zu einer Überlastung der Verwaltung und damit zu einer Verzögerung der Bearbeitung«, erklärt Dörthe Kuhlmann, Referentin für Hochschulpolitik im AstA.

»Nun ist offensichtlich, dass der mit der letzten Rückmeldung verschickte Informations- und Antragsbogen zu den im kommenden Semester anstehenden Studienkonten ein Schnellschuss war«, führt Kuhlmann weiter aus. »Die Verwaltung rechnete damit, dass die Rechtsverordnung und die Verwaltungsvorschriften zum Gesetz bereits im Sommer vorliegen. Sie wurden aber erst Ende September bzw. Anfang Oktober veröffentlicht.« Der dritte November wurde aber nach wie vor von vielen Studierenden als Fristende für die Beantragung gesehen, und dementsprechend groß ist der Informationsbedarf der Studierenden. »Manche geraten bereits in Panik, irgendetwas falsch zu machen oder zu übersehen«, so Kuhlmann weiter.

Denjenigen, die im nächsten Semester von den Gebühren betroffen sein werden, rät die Verwaltung, den Gebührenbescheid abzuwarten. Liegt dieser vor, sollen die Studierenden formlos Widerspruch einlegen und sich im Studierendensekretariat beraten lassen, wie die Bonusguthaben nun zu beantragen sind und was für Belege verlangt werden. Leider sah die Verwaltung sich bisher noch nicht in der Lage, die Studierenden angemessen über die neue Situation zu informieren. »Wir hoffen, dass die Verwaltung noch ein Schreiben oder etwas Ähnliches an alle Studierenden richtet«, meint Kuhlmann. »Es sollte nicht Aufgabe des AstA sein, Entscheidungen der Verwaltung zu kommunizieren.«

*AstA-Mitteilung*





# Ohne Studienkonten besteht die Gefahr von Studiengebühren

**SSP-Redakteurin Kersin Schnatz, zur Zeit als Praktikantin bei der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Düsseldorfer Landtag, nutzte den engen Kontakt mit der politischen Elite und führte für den SSP ein Interview mit Dr. Ruth Seidl. Diese ist seit 2000 in der Fraktion und übt dort die Funktion der hochschulpolitischen Sprecherin aus. Sie studierte in der Regelstudienzeit Musikwissenschaft, Völkerkunde und orientalische Kunstgeschichte und bekam in der Zeit auch zwei Kinder.**

**SSP: Du hast dich in der Fraktion für das Studienkontenmodell stark gemacht. Mitte Dezember werden jetzt die ersten Erfassungsbögen zur Feststellung der Gebührenpflichtigkeit verschickt. Viele Studis, die in der Annahme, ihr Studium sei gebührenfrei vor etlichen Jahren zu studieren begonnen, werden dann, bei Überschreitung der 1,5-fachen Regelstudienzeit, ab dem Sommersemester 2004 650 Euro pro Semester bezahlen müssen. Was sagst du diesen Studis, die sich oftmals ungerecht behandelt fühlen, wenn sie bei dir anrufen und sich beschweren?**

Dr. Ruth Seidl: Ich kann mir vorstellen, dass die Situation für diejenigen, die jetzt mit den Zahlungen konfrontiert werden, und vorher nicht wussten, dass Gebühren auf sie zukommen, eine schwierige ist. Diese Rückwirkung finde ich sehr problematisch. Das ließ sich aber auch nicht anders aushandeln, da die Debatte noch unter Clement, der den Haushalt sanieren wollte, schon immer in Richtung Studiengebühren ging. Allerdings haben wir uns auch deshalb für eine längere Vertrauensschutzphase, nämlich von einem Jahr, eingesetzt. Die haben wir auch juristisch erkämpft, mit dem Ziel, dass die Gebühren erst 2004 und nicht schon 2003 fällig werden. Der frühere Finanzminister Steinbrück wollte die Gebühren des Studienkontenmodells schon 2003 von den Studenten einziehen. Das Gericht entschied dann allerdings, dass dies ein sogenannter Vertrauensbruch des Landes den Studierenden gegenüber sei, da sie nicht genügend Zeit hatten um Notiz davon zu nehmen und sie ihr Studium unter anderen Bedingungen, nämlich denen der Kostenfreiheit des Studiums, begonnen hatten. So gab es ein Bonusjahr, um eventuell noch ausstehende Prüfungen die zum Abschluss fehlten noch gebührenfrei absolvieren zu können.)

**Die SPD und die Grünen waren sich also in der Studiengebührenfrage einig?**

Ministerpräsident Clement hat zu Beginn der Diskussion immer ganz undifferenziert von Langzeitstudiengebühren geredet und die Grünen haben dann das Studienkontenmodell entgegengesetzt, bei dem es auch um eine individuelle Abrechnung von Studienkonten geht.

**Was ist denn der Unterschied zwischen Studienkonten und Studiengebühren?**

Das ist eigentlich ganz einfach: Jemand der ein Konto bekommt,

muss nicht unbedingt Gebühren bezahlen. Das heißt, er erhält eine Ressource in Form von Semesterwochenstunden, und im relativ sparsamen Umgang mit dieser, also wenn man zügig studiert, dann kann man diese Ressource gut ausschöpfen und hat sogar möglicherweise noch Semesterwochenstunden übrig. Das heißt, wir reden nicht automatisch von Studiengebühren. Erst wenn das Kontingent ausgeschöpft ist, fallen Gebühren an. Die Regel sind Studiengebühren also nicht. In der aktuellen Debatte stehen ja derzeit Studiengebühren von Anfang an auf der Tagesordnung. Dagegen wende ich mich allerdings ganz konsequent. Das Erststudium muss gebührenfrei bleiben!

**Ist auch der Master gebührenfrei?**

Wenn es konsekutive Studiengänge sind also Studiengänge, die inhaltlich aufeinander aufbauen, dann zählt der aufbauende Master in die 1,5-fache Regelstudienzeit mit hinein. Die Promotion ist natürlich auch gebührenfrei.

**Mit welchen Einnahmen rechnet ihr?**

Die theoretischen Einnahmen, die jetzt im Haushalt stehen, sind 90 Millionen Euro in 2004; aber das ist nur eine theoretische Zahl, mit der man arbeitet. Aber das wird faktisch nicht die Zahl sein die reinkommen wird. Und zwar deshalb, weil es ja auch ein Reihe von Ausnahmeregelungen gibt in diesem Gesetz: Härtefallregelungen bei zeitlicher Nähe zum Abschluss, Bonusregelung bei Kindererziehung, bei Krankheit, Behinderung, Mitarbeit in einem studentischen Gremium. Diese werden einen großen Teil ausmachen, so dass wir letztlich weniger Einnahmen haben werden, als veranschlagt sind.

**Was passiert mit den eingetribenen Geldern von den Studis?**

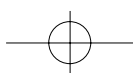
Es hat eine Abmachung gegeben zwischen der Landesregierung und den einzelnen Hochschulen, dass das Geld 2004 ganz zur Sanierung des Landeshaushalts verwendet wird, in 2005 die Gelder dann zur Hälfte den Hochschulen und zur Hälfte dem Land zu Gute kommt und ab 2006 das Geld ganz bei den Hochschulen bleibt.

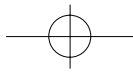
**Wer garantiert den Hochschulen, dass sie die Gelder auch tatsächlich erhalten?**

**Besteht nicht die Gefahr, dass die Gelder 2005 wieder ganz in der Landeskasse versickern?**

Dagegen spricht, dass es im Hochschulbereich einen Vertrag gegeben hat, den Ministerpräsident Steinbrück persönlich mit der Ministerin und den Hochschulen unterschrieben hat. An solche Verträge wird man sich schon halten müssen, wenn man das Vertrauen auch behalten will.

**Einer Broschüre des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung entnahm ich kürzlich folgendes Zitat: »Im Ergebnis**





**führt das Modell zu einem schnelleren und besseren Studium sowie zu verbesserten Leistungsangeboten der Hochschulen.« Für die meisten Studenten klingt das wie Hohn. Was steckt dahinter?**

Die meisten Studierenden müssen ja nicht bezahlen. Ich denke, für die meisten ist es wichtig, dass sie ihr Studium zügig abschließen können und die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Die Hochschulen müssen sich in der Lehre, der Beratung und der Studierbarkeit ihrer Studiengänge verbessern. Dazu bringen wir parallel Maßnahmen auf den Weg. Wir wollen, dass die Einnahmen aus den Gebühren, die zurück an die Hochschulen fließen, dazu verwendet werden dass diejenigen belohnt werden, die geringere Abbrecherquoten haben und die bessere Bedingungen für das Studium geschaffen haben. Letzteres heißt für uns beispielsweise eine Studienreform und die Modularisierung der Studiengänge.

**Überfüllte Hörsäle werden also durch die Konten vermieden?**

Wir wollen tatsächlich, dass die Hörsäle leerer, die Studienpläne entrümpelt und Studiengänge interdisziplinärer werden. Es soll überschaubare Module geben, die miteinander verknüpft werden können. Parallelstudien werden überflüssig und man hat Bausteine, die zertifizierbar sind, und die in Credits abgerechnet werden. Dies kommt im Übrigen der Mobilität von Studierenden in einem zusammenwachsenden Europa entgegen.

**Klingt gut, aber ginge das nicht auch ohne eine Gebührenerhebung?**

Wir wollen zweierlei: Wir wollen, dass die Studierenden ihr Studierverhalten auch beobachten und sich einen Schub geben, wenn es darum geht, irgendwann mal fertig zu werden, ich glaube, dass das manche vielleicht auch motiviert. Wir wollen aber auch auf der anderen Seite, dass die Hochschulen den Anreiz bekommen die Voraussetzungen für ein schnelles Studium zu schaffen. Die Studierenden haben ja auch die Möglichkeiten restliche Credits, bzw. Semesterwochenstunden zu behalten und sie zur Weiterbildung, die ja ansonsten etwas kostet, zu nutzen.

Dahinter steckt die Idee des lebenslangen Lernens in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft, in der sich vieles verändert und Wissen schnell veraltet. Mit dem Modell kann man sich dazu entschließen lieber kürzer zu studieren und später noch ein mal einen Baustein oben drauf zu setzen.

**Wie ist deine Einschätzung der Situation in anderen Bundesländern? Denkst du, dass andere Bundesländer nachziehen werden?**

Das hoffe ich, da unser Modell immer noch das Erststudium gebührenfrei hält, während ja auch schon laut darüber nachgedacht wird, allgemeine Studiengebühren, in einer ungewissen Höhe einzuführen. Rheinland-Pfalz hat Überlegungen mit

NRW gleichzuziehen, in Schleswig-Holstein wird dieses Modell auch noch angedacht und es gibt eine Ausarbeitung eines Studienkontenmodells in Bremen und Berlin. Aber das heißt nicht, dass dies in allen Bundesländern auch tatsächlich eingeführt wird. Ohne bundesweite Studienkonten besteht die Gefahr zu allgemeinen Studiengebühren. Das wird die realistische Alternative sein. Es wird bald kaum noch ein Bundesland geben, das nicht über Gebühren nachdenkt.

**2003 gab sehr viele Proteste der Studierenden gegen dieses und andere Modelle. Die Uni Münster war in den Aktivstreik getreten, Tausende von Studierenden sind hier nach Düsseldorf von den ASten in Bussen angekartt worden, um vor dem Landtag gegen dich und andere zu demonstrieren. Wie hast du reagiert?**

Ich konnte das sehr gut nachvollziehen. Zuerst ging es ja um die 50 Euro Verwaltungsgebühr für alle, die der damalige Finanzminister Steinbrück von jedem Studierenden einfordern wollte. Da standen die meisten Studierenden auf der Straße, und ich habe auch selbst mit den Studierenden auf der Straße dagehen, aber natürlich nicht gegen unser Modell, demonstriert.

Wir Grüne haben gezielt den Kontakt zu den Studierenden gesucht. Die 5000 eingegangenen Mails haben wir beispielsweise alle beantwortet

**Die armen Praktikanten!**

Nein, nein, wir haben extra jemanden eingestellt, und alle Briefe entsprechend beantwortet. Meine MitarbeiterInnen und ich haben uns auch bemüht, individuell auf Anfragen einzugehen.

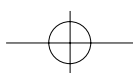
Ich muss aber auch sagen, manchmal war die Diskussion etwas verfahren, weil einige der Studierenden nicht ganz verstanden haben, worum es uns ging mit dem Studienkontenmodell und Halbwahrheiten transportiert wurden. Daher war es wichtig miteinander zu sprechen und die Diskussion auf eine vernünftige sachliche Basis zu bringen.

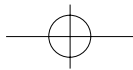
**Das war sicherlich sehr anstrengend für dich.**

Ich habe auch einmal eine Diskussion abgebrochen. In Bochum, wo es einen sehr linken AStA gab. Die Diskussionen waren sehr unsachlich, es gab unqualifizierte Zwischenrufe und meiner Vorgängerin von der SPD war eine Sahnetorte ins Gesicht geflogen.

**Was möchtest du den Münsteraner Studierenden zum Schluss noch mit auf den Weg geben?**

Ich habe gerade mit dem Münsteraner AStA und dem dortigen Behindertenreferenten sehr viele Gespräche geführt und bin gerne bereit, auch weiterhin Kontakt zu suchen. Bei Fragen stehen selbstverständlich auch meine MitarbeiterInnen im Büro im Landtag zur Verfügung. Gerne bin ich auch bereit, eine Gruppe in den Landtag zu Gesprächen einzuladen.





## rcds, soziale Gerechtigkeit und Studiengebühren

Der rcds (der Bundesverband des RCDS, Anmerkung der Redaktion) fordert plötzlich die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester. Dass Studiengebühren eine abschreckende Wirkung auf Menschen aus der Arbeiterschicht haben, galt bislang noch als Argument gegen Studiengebühren – auch beim rcds – nun wird dies billigend in Kauf genommen. In Österreich sind vor ein paar Jahren Studiengebühren eingeführt worden und eine Studie hierzu, die die abschreckende Wirkung von Studiengebühren auf junge Menschen aus der Arbeiterschicht belegt, ist ein Jahr lang unter Verschluss gehalten worden.

Genauso wie viele andere Verfechter der Studiengebühren bemühen sie auch die ›Soziale Gerechtigkeit‹ als Argument für Studiengebühren. Ich zitiere hier die entsprechende Passage:

**»Studiengebühren erhöhen die soziale Gerechtigkeit in der Bildungsfinanzierung**

Sozial ausgestaltete Studiengebühren verhindern die gegenwärtige Verteilung von unten nach oben in der Bildungsfinanzierung. Im Moment bezahlt der weit überwiegende Bevölkerungsanteil von Nichtakademikern, die im Durchschnitt weniger verdienen, das Studium der Akademiker mit dem dann entsprechend höheren Gehalt; gleichzeitig finanzieren einkommensschwache Familien, aus denen unterproportional viele Kinder studieren, das Studium der Kinder aus einkommensstärkeren Familien. Kann es richtig sein, dass die Meisterausbildung im Handwerk mit teilweise erheblichen Eigeninvestitionen verbunden ist, während das Studium vollständig von der Allgemeinheit finanziert wird? Kann es richtig sein, dass der Kindergarten – auch für Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern – Geld kostet, während das Studium – auch für Kinder aus einkommensstarken Elternhäusern – kostenfrei ist?« (www.studiengebuehren.de, these 7)

Diese Argumentation basiert auf einer Untersuchung von Karl-Dieter Gröske, sie ist mittlerweile zehn Jahre alt und mehrfach widerlegt. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren schreibt zu dieser Argumentation, nachdem es ausführlich darauf eingegangen ist:

»Entscheidend ist, wie man die zugrunde liegenden sozialen Verhältnisse politisch interpretiert. Die Ungleichheit von Finanzierung und Nutzung öffentlicher steuerfinanzierter Investitionen gilt für so ziemlich alle Bereiche: vom kommunalen Opernhaus über die staatlichen Forschungssubventionen der Firma Siemens (die fast keine Steuern zahlt!) bis zum Bundesverkehrswegeplan. Die Nutzung derartiger Investitionen erfolgt nicht sozial gestaffelt entsprechend dem Steueranteil, der in ihre Finanzierung eingegangen ist, sondern entsprechend individueller Kaufkraft und ökonomischer Macht. Gröske hat im Grunde nicht anderes getan, als diese an sich triviale Erkenntnis noch einmal mathematisch zu beweisen. [...]

Daher ist es politisch ein echter Bumerang – oder, je nach Blickwinkel, ein bodenloser Zynismus – die Einführung von Studiengebühren mit den geringeren Studienchancen unterer und mittlerer Einkommensgruppen zu begründen.« (Abs, Argumente gegen Studiengebühren, Bonn August 2002, S.6ff. www.studis.de/abs/)

Forderungen nach Studiengebühren ab dem ersten Semester kommen vor allen von Banken und Großkonzernen. So hat auch die Deutsche Bank, bzw. »Deutsche Bank Research« Studiengebühren ab dem 1. Semester gefordert. Aber sie bleiben nicht bei den Forderungen nach Studiengebühren stehen, sie sind schon einen Schritt weiter auf dem Weg in die fünfziger Jahre:

**»Vieles spricht für Einführung eines Lehrgeldes**

Weil der Auszubildende einen großen

materiellen Vorteil durch die Ausbildung hat, sollte er an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden.

Dies muss nicht in Form von Direktzahlungen an die Betriebe erfolgen. Lehrgeld kann zum Beispiel über den Verzicht auf einen Teil der üblichen Vergütung erbracht werden. So könnten die Auszubildenden zur Senkung der Ausbildungskosten und somit zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Komponente der Erstausbildung beitragen.« (Deutsche Bank Research: Bildungspolitik für Beschäftigung und Wachstum 4. Juni 2003, <http://www.dbresearch.de/PROD/999/PROD0000000000055633.pdf>)

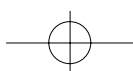
Da beim rcds häufiger mal Thesen auftauchen, die vormalig aus den think-tanks der Konzerne medienwirksam in die Öffentlichkeit gelangten, würde es mich nicht wundern, wenn wir irgendwann folgendes lesen könnten:

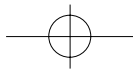
»Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit? Studierende müssen ab dem ersten Semester für ihre Ausbildung zahlen und Lehrlinge müssen nichts für ihre Ausbildung zahlen. Um die gefährdete betriebliche Komponente der Erstausbildung aufrechtzuerhalten und um die Schieflage im Bildungssystem (einige zahlen für ihre Ausbildung, andere nicht) wieder gerade zu rücken, fordern wir die Einführung von Lehrgeld.«

Ich höre schon die Forderung nach Schulgeld. Kindergartenplätze kosten ja auch, wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Wenn der rcds soziale Gerechtigkeit möchte, dann sollte er mal einen Blick auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung werfen.

*Andreas Kemper*  
Referent für finanziell und sozial benachteiligte Studierende





## Bildung nur noch für Reiche? Wider den »finanziellen Numerus Clausus«!

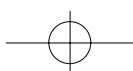
**Studentischer Protest kann auch heute noch politisch sein**

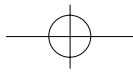
Studentischer Protest war zuletzt in der Universitätsstadt Münster bloß noch ritualhaft aufgeführt worden. Wer bzw. welche erinnert sich nicht an die gelungene ›Vollversammlung‹ vor mehr als einem Jahr auf Münsters zentralem Domplatz, als tausende Studierende ihre ehrliche Empörung über die damals noch relativ neuen Studiengebühren-Pläne der rot-grünen, neoliberalen NRW-Landesregierung kundtaten? Es war der Ausdruck einer bunten ›Multitude‹ von Demonstrierenden, die »Bildung für alle – sofort!« forderten, in der sich spontan Gruppen selbstorganisierten, um ihren Protest über die Benachteiligung von sozial Ausgegrenzten im Bildungssystem zu artikulieren. Doch Vertreter des Uni-ASTa warnten bereits auf dieser Vollversammlung vor zuviel ›Radikalität‹. Ja, es solle einen ›Streik‹ geben, aber eben einen ›Aktivstreik‹. Das heißt, daß der Lehrbetrieb durch den ›Streik‹ absurder Weise nicht gestört werden sollte. Bloß nicht die Ordnung stören geschweige denn die Systemfrage stellen, bloß nicht auffallen und anecken war ihre Devise. Der zumindest zum Teil radikal geführte 97er Streik, als viel über Bildung sowie über das herrschende kapitalistische System nachgedacht werden konnte, wurde denn auch prompt als Relikt aus alten Tagen dämonisiert, Verfechter einer grundsätzlich oppositionellen Haltung gegenüber der endgültigen Deformation des Bildungssystems wurden als ›revolutionsromantisierende Ultras‹ diffamiert. Die Folge: Der letzte sogenannte Streik der münsteraner Studierenden verpuffte schon nach wenigen Tagen, und die NRW-Landesregierung hatte keine Mühe, die drohenden Studiengebühren auch tatsächlich einzuführen. Teile des hiesigen Uni-ASTa halfen sogar noch dabei, den Protest kleinzukochen und die Bestimmungen der einschlägigen Gesetze mitzuformulieren. Die Protestbewe-

gung wurde so von der Realpolitik gespalten und zerstreut. Heute rennen dafür die Studierenden in ihre Seminare, um ja vor dem Beginn der ›Strafgebühren‹ mit ihrer ›Ausbildung‹ fertigzuwerden. ›Bildung‹ gibt es nun nicht mehr, stattdessen passiert eine ›Modulisierung‹ von Inhalten – ganz ohne Proteste. Denn wer hat heute noch Zeit, sich mit Bildungspolitik auseinanderzusetzen. Qualifikation durch Ausbildung statt Qualität durch eine gute Bildung ist die Devise. Egal, ob die nachfolgenden Generationen dadurch in ihrer Artikulationsfähigkeit beschränkt werden.

Wie gut, daß es anderenorts anders aussieht. Beispielsweise wird in Berlin, Leipzig und Frankfurt a.M. seit vielen Wochen heftig protestiert. Es finden intelligente Widerstandskaktionen statt, bei denen die Nähe mit anderen durch den rot-grünen, neoliberalen Kahlschlag sozial benachteiligten Gruppen und Bewegungen gesucht wird. Längst geht es den Aktiven in Berlin, Sachsen, Hessen und Bayern nicht mehr nur darum, die eigene Haut zu retten, sondern darum, Widerstände zu vernetzen und zusammen zu kämpfen. Denn aktuell ist viel los, wovon man in der westfälischen Provinz kaum etwas spürt: Am 1. November waren angesichts der Hartz-›Reformen‹ und anderer bedrohlicher Sozialraubzüge der Regierung rund 100.000 Betroffene auf der Straße – die Bilder zeigten viele RentnerInnen und GewerkschafterInnen gemeinsam mit Studierenden und Arbeitslosen. In der Bundesrepublik gab es lange nicht mehr eine solche Breite des Protestes. Nur gegen Ende der Kohl-Ära gab es wohl soviel Bewegung gegen die Politik einer Bundesregierung auf den Straßen. Wer hätte das beim Regierungsantritt des Duos Schröder/Fischer gedacht?

*Edo Schmidt*





## »... und dann geht's voll ab!«

### Interview mit Inga Haese, Studentin an der Berliner Humboldt-Universität, zu den Studierenden-Streiks in Berlin.

**Beschauliche Ruhe an der Münsteraner Universität: 2000 »BaföG-BetrügerInnen« warten auf eine mögliche Verhörvorladung, 8000 sogenannte Langzeitstudierende warten aufgrund der von der Landesregierung zum Sommersemester eingeführten Studienkonten auf ihren ersten Gebührenbescheid, und die Restlichen warten aufs Christkind. Die diesjährige freudige Bescherung für sie, je nach persönlicher Haltung und Geschmack: entweder immer noch, dass die von der NRW-Landesregierung im Sommer 2002 diskutierten 50 Euro Verwaltungsgebühren durch massive Studierendenproteste gerade noch mal gestoppt werden konnten, oder eben, dass die schmarotzenden Langzeitstudis zum Glück bald bezahlen müssen.**

An den drei Berliner Universitäten sieht das zur Zeit allerdings ganz anders aus. Der rot-rote Senat hat dort – im Einvernehmen mit den Hochschulrektoren – in diesem Sommer Kürzungen im Bildungsetat von 75 Millionen Euro beschlossen; im Namen der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen, wie der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit es gegenüber der Berliner Presse zu erklären suchte.

Doch die Studierenden lassen sich das nicht länger gefallen: Seit mehreren Wochen nun werden alle drei Universitäten bestreikt.

Maike Rocker sprach mit einer der Streikenden.

Inga Haese studiert im 7. Semester Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität und ist StuPa-Mitglied. Das Interview wurde am 03.12.2003 geführt.

#### **SSP: Worum geht es Euch bei Eurem Streik, welche Forderungen habt Ihr?**

Inga: Es geht darum, dass massiv bei Bildungsausgaben gekürzt wird, vor allem an den Universitäten. Bei uns sollen 75 Millionen Euro »eingespart« werden in den nächsten Jahren. Und das ist nicht die erste Kürzung: schon seit 10 Jahren wird der Bildungshaushalt mehr und mehr beschnitten. Die FU und die TU haben in den letzten Jahren 40 Prozent ihrer Professuren abbauen müssen.

Das haben wir zum Anlass genommen zu sagen: Es reicht! Wenn jetzt noch mal gekürzt wird und weitere Professoren und Mitarbeiter gehen müssen, dann bleibt nix mehr übrig.

Alle drei Unis streiken hier und ich hab das Gefühl, dass der Streik diesmal von vielmehr Leuten getragen wird als sonst. Der RefRat (der Berliner HU-AStA; die Redaktion) koordiniert

zusammen mit den anderen Berliner ASten die große Menge an Aktionen. Aber es ist nicht so, dass sie das leitend führen. Das kommt vielmehr von den Fachschaften und Instituten. Im Grunde ist es so, dass jeder Student in den RefRat gehen und am Computer Fleyer machen kann, sowie kopieren usw.; das ist ganz schön.

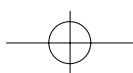
Wir haben bisher schon verschiedene Aktionen gemacht. Zum Beispiel Büros besetzt und gestern auch das Rote Rathaus (Sitz des Regierenden Bürgermeisters; die Redaktion); denn wir wollen angehört werden. Das wurden wir bisher nicht.

Unsere Forderungen sind erstens: Die 75 Millionen Euro Kürzungen sollen zurückgenommen werden; zweitens: die Ausfinanzierung von 135.000 Studienplätzen. Im Moment ist es so, dass wir nur 85.000 ausfinanzierte Studienplätze haben, aber schon fast 150.000 Studierende. Ausfinanzierung würde bedeuten, dass man Seminare mit nur 20 Leuten hätte, statt mit 200. Oder auch, dass man neue Lehrmittel anschaffen könnte, das haben wir alles nicht mehr. Und drittens fordern wir natürlich auch, dass die Studienkonten nicht eingeführt werden, die es ja bei Euch in NRW schon gibt und über die hier gerade verhandelt wird.

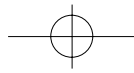
Am Freitag ist dazu die Anhörung im Abgeordnetenhaus. Das heißt, es ist wichtig, dass wir weiterhin Aktionen machen und streiken. Denn wir müssen Druck dagegen ausüben, und das können wir nicht, wenn wir in der Uni rumsitzen, sondern nur, indem wir auf die Straße gehen und öffentlichkeitswirksame Sachen machen. Wie zum Beispiel Wowereit auf dem Weihnachtsmarkt auspfeifen oder aussingen. Die Musikwissenschaftler, bei denen auch stark gekürzt werden soll, sind hier sehr kreativ und stellen beispielsweise mehrstimmige Chöre mit selbstkomponierten Liedern zusammen. Damit kann man auch auf dem Weihnachtsmarkt Leute auf seine Seite bringen. Da heißt es dann nicht: »Die rüpelhaften Studierenden«.

Die Bibliothekswissenschaften und die landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät sollen übrigens durch die Kürzungen ganz wegfallen.

Übrigens: Das Geld aus den Studienkonten soll ja nicht in die Unis, sondern in den Haushalt fließen. Es ist sogar schon eingepplant, 10 Millionen Euro, glaub ich. Erstens ist diese hohe Summe totaler Quatsch, denn bevor sie bezahlen müssen, werden sich wohl viele Studis exmatrikulieren. Und zweitens: Natürlich bin ich grundsätzlich gegen Studiengebühren, aber das Argument für Studiengebühren, das viele Leute anbringen: »Ja, dann wird es doch in der Uni endlich wieder besser«, das ist totaler Unsinn, denn das Geld fließt nur in die Haushaltslöcher. Das muss man den Befürwortern immer wieder sagen!







Das ist natürlich nicht unser Argument, zu sagen: »Studiengebühren wären gut, wenn ...« Studiengebühren in jeder Form sind sozial völlig ungerecht und inakzeptabel, aber in dieser Form sind sie auch noch vollkommen bescheuert.

**Eberhard Diepgen, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, hat in einer Berliner Tageszeitung geschrieben, dass die Hochschulpolitik des Senats die Universitäten ruiniere und eine Parallele zu den Studierendenprotesten 1968 gezogen, auf die die Politik nicht genügend eingegangen ist. Wie siehst du das?**

Eberhard Diepgen ist ganz bestimmt nicht unser Freund. Er hat uns nämlich in diese Situation gebracht, seinetwegen wurde ja in den letzten 10 Jahren an den Unis so viel von dem, was sie lebensfähig gemacht hat, weggekürzt. Es kommt gerade ganz viel Applaus von der falschen Seite. Bild und BZ schreiben so was wie »Studis gehen zurecht auf die Straße, denn der rot-rote Senat ist total Scheiße«. Davon grenzen wir uns natürlich ganz klar ab, und auch von Diepgen. Ich sehe vielmehr: Wir haben eine rot-grüne Bundesregierung, und hier eine rot-rote Landesregierung; im Parlament ist keine linke Opposition mehr da. Eine linke Opposition kann eigentlich nur von außen kommen.

**Wie seid Ihr organisiert, und mit welchen Gruppen arbeitet Ihr zusammen?**

Vernetzungstreffen finden nicht nur unter den Studis der drei Unis statt, sondern auch mit anderen sozialen Gruppen, zum Beispiel arbeiten wir mit Gewerkschaftlern, KiTa-Ansprechpartnern, Schülerinnen und Schülern zusammen. Es gibt eine breite Mobilisierung der Bürger. Bei unseren Forderungen legen wir viel Wert darauf, dass wir gegen Bildungs- und Sozialabbau sind; wir wollen auf keinen Fall, dass die Kürzungen zu Lasten anderer sozialer Gruppen und Schichten zurückgenommen werden.

Es ist wichtig aufzuzeigen, dass nicht sein kann, dass gewisse Unternehmen keine Steuern zahlen, dass Gewerbe- und Vermögenssteuern abgeschafft werden, dass die Steuerreform auch noch den Spitzensteuersatz senkt und dass dafür dann aber die Uni zumachen müssen. Das kann einfach nicht sein.

**Welche Aktionen habt ihr bisher gemacht; und wie sind die Reaktionen der Presse?**

Die lokalen Medien sind voll von uns, aber auch in überregionalen Medien wird berichtet. Der Pressespiegel von uns füllt zwei Türseiten im Audimax. Medienwirksamkeit ist auch wichtig, um auch die Leute, vor allem die Studis, die zu Hause bleiben, dazu zu bewegen, mitzumachen. Zum Beispiel wurde die Siegestsäule von Studenten gestürmt, und sie haben ein riesen Transparent heruntergehängt mit der Aufschrift »Protestsäule«.

Büros wurden besetzt und wir begleiten, wie gesagt, recht öffentlichkeitswirksam Herrn Wowereit.

Wenn er zum Beispiel irgend etwas eröffnet, sind wir dabei. Wir lassen natürlich alle Redner dort reden, und sind ganz friedlich. Und klatschen auch, wenn beispielsweise irgendwelche Gäste etwas sagen. Nur wenn Wowereit etwas sagt, dann geht's voll ab. Das zeigt auch den Leuten, dass wir inhaltliche Kritik haben, und es uns nicht darum geht, irgendwas zu stören. Und das ist auch gut, dass das so rüberkommt. Denn alles, was der Wowereit für uns übrig hat, ist ein blödes Grinsen. Und Unter den Linden (die Straße, an der die HU liegt; die Redaktion) ist so voll mit Weihnachtslampen und Weihnachtsschmuck, und das alles bezahlt die Stadt. Das kann man sich leisten. Und das dann direkt vor unserer Uni, an der steht »Hier wird totgekürzt« und »Hier gehen die Lichter aus«.

Wowereit fordert übrigens offiziell Studiengebühren ab dem ersten Semester.

**Welche Büros habt ihr denn besetzt; wie reagieren die Stadtobere, und wie verhält sich da die Polizei?**

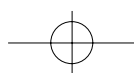
Wir haben zum Beispiel das Büro von Finanzsenator Sarrazin besetzt. Unsere Forderung war lediglich Dialog mit Wowereit und Sarrazin. Und Sarrazin kam rein, schrie: »Ihr seid alles Arschlöcher!« und ist dann wieder gegangen. Soviel zur Dialogbereitschaft seitens der Politik. Mit der Staatssekretärin haben wir dann ein bisschen gesprochen, aber mit der war nicht gut zu reden. Als die Polizei dann kam, war sie total hilflos, weil sie nicht wusste, ob sie uns nun räumen sollte oder nicht. Sie stellten ständig neue Ultimaten, dass geräumt würde, wenn wir nicht gingen, aber wir meinten nur: »Wir bleiben«. Wir wollten auch sehen: »Wie weit gehen sie, was traut sich die SPD? Irgendwann kam dann die Polizei herein und hat sich im Raum aufgestellt. Wir fragten, wer dafür sei, dass die Polizei mitdiskutiere. Da alle dafür waren, fragten wir sie, wie sie das sähen mit dem Sozialabbau, schließlich werde bei ihnen ja auch gekürzt. Sie haben ein bisschen gelacht. Es war auch gar nicht »die böse, gewalttätige Polizei«.

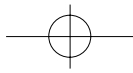
Das ist nämlich sehr wichtig, dass auch seitens der Studierenden keine Gewaltbereitschaft da ist. Wir haben immer Angst, dass sich Gewaltbereite unter uns mischen könnten und hoffen, dass das nicht passiert. Wir sind friedlich, und wir geben auch immer wieder die Parole »keine Gewalt« aus.

Nach drei Stunden haben wir uns dann von der Polizei hinaustragen lassen. Es ist nun einmal Hausfriedensbruch. Vielleicht läuft jetzt eine Anzeige gegen mich.

Wenn eine Spontandemo läuft, dann ist die Polizei freundlich und versucht alles abzuriegeln, damit wir keinen Ärger bekommen. Nur am letzten Sonntag, als wir versuchten, zum Studio von Sabine Christiansen zu kommen, wurde die Polizei zum ersten Mal etwas pampig. Sie haben die Personalien aufgenommen und haben Kessel gemacht.

Es gibt gerade Berechnungen, angestellt von der AG





Inhalte, wie viele dieser Polizei-Aktionen wir noch benötigen, um die 75 Millionen rauszubekommen, die uns fehlen, denn die Polizeiaktionen kosten ja auch richtig Geld.

### **Habt Ihr schon Erfolge zu verbuchen?**

Wir wollen ja erreichen, dass wir von der Politik als Verhandlungspartner anerkannt werden und mit an einen Tisch genommen werden, dass da Gespräche stattfinden.

Der Wissenschaftssenator Flierl hat uns, zum Beispiel, gesagt, dass er uns jetzt ernst nimmt. Jetzt, nachdem wir sein Büro 27 Stunden lang besetzt haben. Es war eine unbequeme Nacht, aber Lebensmittel und Getränke hat der RefRat für uns organisiert. Morgens um 10 Uhr hielten wir dann in seinem Büro eine Pressekonferenz. Jetzt hat Flierl gesagt: »Die Studenten wollen ja tatsächlich was, ich denke, man sollte sie als Verhandlungspartner ernst nehmen.«

Das ist schon mal nicht schlecht. Das Nächste ist jetzt mehr Mitsprache in den Gremien der Universitäten. Hier müssen die Strukturpläne zu den Kürzungen nämlich noch durch, und da haben wir bisher quasi überhaupt nichts mitzureden.

Unser Uni-Präsident Jürgen Mlynek solidarisiert sich gerade offiziell mit uns, doch der ist ein ziemlicher Heuchler: Er hat vorher schon die Strukturpläne für die Kürzungen mitunterschrieben. Und nun gibt er Zettel an die Studierenden aus, auf denen steht: Streiken gefährdet nicht das Studium. Niemandem entstehen Nachteile, wenn er streikt und dadurch sein Seminar verpasst. Das war vielen Leuten wichtig, denn viele haben einfach Angst, dass sie durch den Streik ein Semester verlieren könnten. Es laufen auch schon Verhandlungen mit dem Bafög-Amt.

Viele Professoren sind auf unserer Seite und halten, wie gesagt, ihre Vorlesungen überall in Berlin unter freiem Himmel, zum Beispiel auf öffentlichen Plätzen oder in S-Bahnen. Viele Profs und Dozenten meinten: »Hey, wir müssen hier auch was machen, wir gehen auf die Straße.« Manchmal kommt das also nicht mal von den Studenten selbst.

Im Hauptgebäude läuft seit zwei Wochen eigentlich nichts mehr außer Streik-Veranstaltungen. Wir haben Streikposten aufgebaut, die nur Leute mit Prüfungsterminen ins Haus lassen.

Die Humboldt-VV (Vollversammlung; die Redaktion) hat heute den Streik noch mal um eine Woche verlängert, die FU bereits gestern, die TU hat ihre VV heute am Nachmittag.

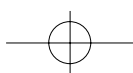
Am 13.12. ist übrigens die bundesweite Demo gegen Bildungs- und Sozialabbau in Berlin, Frankfurt – in Hessen wird ja auch gestreikt- und Leipzig. Da ist es wichtig, dass viele kommen.

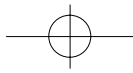
Weitere Infos zum Streik: [www.allefueralle.de.vu](http://www.allefueralle.de.vu)



*Inga Haese, Studentin an der Berliner Humboldt-Universität.*

Foto: privat





# Wahlwoche

Wahlwochen können – auch für WählerInnen – ganz schön anstrengend werden. Auch hier ist wieder Wahlwoche. StuPa- und FSV-Wahlen, klar; doch die SSP-Redaktion darf zusätzlich noch Kurzgeschichten wählen. Die Redaktion rotiert: Die antretenden Kurzgeschichten-KandidatInnen auf der Wahlliste müssen erst mal genauer be- und gelesen sein und werden, doch zusätzlich zum was-da-steht und wie's-da-steht hat die Wahl eine stark irrationale Komponente.

Was ist Qualität? Ist sie wirklich intersubjektiv erfahrbar? – Ich weiß es nicht. Entweder, die Geschichten bewegen, sich und einen; und sie fühlen (hören, lesen) sich gut und richtig an, oder eben nicht, mehr vermag ich nicht zu urteilen.

Als Urne dient uns hier eine e-mail-Adresse, die Wahlbeteiligung verläuft schleppend, die Auszählung ergibt: Unentschieden. Noch eine Runde. Dann steht sie endlich fest: Die neue Geschichte heißt (rein zufällig!) wie ein ›Magazin‹ einer StuPa-Wahlliste und passt zur Situation. Doch die »Rotation« zieht Kreise: Der Autor ist die zwei Tage bis zum Redaktionsschluss nicht zu erreichen; Ellens Buchladen auf der Münzstraße wird da noch auf die Gutscheinübergabe warten müssen, und wir auch. Schade.

Der Wettbewerb geht weiter:

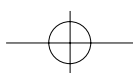
Für den Wettbewerb gilt auch noch die folgenden zwei Ausgaben: von einer Person werden nicht mehr als drei und ausschließlich unveröffentlichte Kurzgeschichten angenommen, bisherige GewinnerInnen werden ganz vom Wettbewerb ausgeschlossen. Jede Geschichte bleibt bis zum Ende des Wettbewerbs in der Auswahl. Ausnahmsweise kann auch unter Pseudonym veröffentlicht werden. Die restlichen Bedingungen: kürzer als 5 DIN-A-4-Seiten und digital eingereicht müssen Eure Geschichten sein; den Weg zur Redaktion weist wie immer das Impressum und auch [www.semesterspiegel.de](http://www.semesterspiegel.de), da gibt's natürlich auch alle alten GewinnerInnen-Geschichten. Der oder die Nächst-Beste kriegt wieder verdientes Zeichengeld und einen 15-Euro-Gutschein, diesmal von der Universitätsbuchhandlung Krüper (das sind die vom ULB-Druckerpapier).

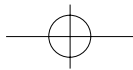
*Maike Rocker*

...nachdem ich endlich aufgewacht war und die Verwirrungen des Traumes langsam der sinnlich wahrnehmbaren Welt wichen, ging ich ins Bad und putzte mir wie immer hastig die Zähne. Wasser, Schaum, Urin, Wasser, Schaum, Wasser, Schaum, Wasser. Jeder Morgen im Sinne der gesellschaftlichen Konventionen. Das rituelle Zimmeraufräumen, welches meine Eltern mir in mein Leben pflanzten, leitete nahtlos zum sparsamen eigentlich-habe-ich-keine-Lust-auf-diese-Zeitverschwendung-Frühstück über. Wie immer drehte sich mein gedanklicher Zirkel um die verwirrenden und äußerst surrealistischen Träume der letzten Nacht, die mir in glasklaren Bildern noch immer vor Augen hingen, die zunehmend unangenehmer werdenden Reaktionen meines Magens auf jede Form von Nahrungsmitteln und meine verzweifelten Versuche einer ›guten‹ Ernährung. Ich überlegte mir schon seit längerem, dass ein hochwertigeres Nahrungsangebot in diesen frühen Stunden, wie auch in den restlichen, mein Verhältnis zu den schmerzvollen Unterbrechungen, die die Mahlzeiten für mich darstellten, verbessern würden.

»Guten Morgen!« keuchte er im vorbeigehen. Ich hatte den Eindruck, der wabernde Gestank aus seinem Zimmer war eher an meinem Tisch angekommen als er selbst. »Morgen.« erwiderte ich, ohne zu bemerken, dass ich sprach. Mein Geist konnte, betäubt von den unendlichen Gerüchen und der noch pulsierenden Auseinandersetzung mit dem Unterbewusstsein, noch nicht kommunizieren und weigerte sich aufrichtig, in das symbolische Gefängnis des Zusammenlebens einzutreten.

Mit meiner Wohnsituation hatte ich mich arrangiert. Zu wenig Platz, zu viele Gespräche, aber immer die Mög-





## Rotation

lichkeit so zu tun, als hätte man es fürchterlich eilig und keine Zeit. Also aß ich auf, räumte den verabscheuungswürdigen Müll in den Kühlschrank und verließ eilig das Haus.

Die Mechanismen arbeiteten noch immer gegen mich. Eigentlich nichts besonderes, denn es wirkte auf mich, als ging es vielen so, doch musste ich sie mir ständig vor Augen führen. Ich fühlte sie mit jedem Herzschlag und konnte ihre Existenz nicht leugnen. Es war mir nicht möglich, die Sinne zu verschließen, in den Tag zu pfeifen und so zu tun als hätte ich noch nichts bemerkt. Das Ungewollte schien sich in seiner Vermeidung selbst zu reduplizieren. Viel zu deutlich spürte ich meinen Puls, der mir bereits gestern Abend das Einschlafen erschwert hatte. Ich empfand schon jetzt mit überdrüssiger Spannung, doch das Gummiband, an dem mein Leben zu baumeln schien, hatte seine Bewegung erst aufgenommen.

Der nächste Eindruck hieß Konfrontation, lebte in einem selbstreflexiven Elfenbeinturm und ließ sich nicht lange bitten. Der gesendete, alte Mann, der sich vor mir aufbäumte, vertrat seinen Wahrheitsanspruch mit aller Konsequenz. Er sprach von Zusammenhängen, Werten, Historizität, allgemeiner Ignoranz und der Bedeutung für das Individuum. Das einzig Sehenswerte war der Blick aus dem Fenster. Nach neunzig Minuten propagierter Autonomie im Zwangsstaat der Institution fand ich mich in der Freiheit der Freizeit wieder und wartete an roten Ampeln. Die alles um mich einspinnende Leere war der ungebetene Begleiter meines nächsten zivilisatorischen Nichts.

Mein Ziel waren die Kriegsschauplätze moderner Gesellschaften. Hier, wo die Organisationsabteilung der modernen Staatsführung ihre blutenden Mäntel ausgesät hatte, war sich jeder selbst der

nächste.

Ich brauchte nur wenige Dinge. Einzelteile und Unbedeutendes. Jedes Mal konnte ich nicht mehr als die notwendigsten Utensilien greifen. Die vielen Farben und Formen, die unterschiedlichsten Produkte, alle besser, billiger und notwendiger, die entleerten Phrasen und die rennenden Massen, der Geruch und die erniedrigende Beschallung aus Gerede, Geraschel, Werbeslogans und Weichspülermusik, unterbrochen nur für die wichtigsten Neuigkeiten. Mein Gehirn wurde überfallen von einer alles zur Kruste ummantelnden Reitzüberflutung und war in der Folge zu keiner Absicht mehr fähig. Ich ergriff hastig ein paar Schachteln verziert mit bunten Bildchen und durfte mich dabei bestätigt fühlen. Ich stand schrecklich deplatziert zwischen den Regalen und war, zu meinem Nachteil, nicht in der Lage, die Variationstiefen der Industriekultur zu erforschen. In der Schlange voller Demut wartete ich darauf, ein paar dreckige Lappen gegen kleinere, weit weniger bedeutende Münzen zu tauschen und mich als glücklicher Besitzer zu legitimieren. Ich empfand keine Befriedigung, als ich den mit italienischer Folklore beschallten Markt über eine Rolltreppe in die Freiheit verließ.

Auf der Straße begegnete ich unzähligen Menschen, denen ich, je nach Tagesform, nichts bedeutete oder höchstens zum Ärger gereichte. Weitergehen, beeilen, ausweichen. Ich ging mit der Geschwindigkeit meiner Straßenseite, meiner Stadt. Ich war mir bewusst, dass ich zu Recht verantwortlich bin für meine Umwelt. Diese Einsicht erleichterte es mir nicht und statt Fragen zu beantworten riss sie Lücken in bisher Nahtloses.

Der Tag neigte sich und mit ihm meine Motivationen. Ich empfand Er-

schöpfung. Allen Zwängen war ich wieder ohne Begeisterung nachgegangen. Es wurde Abend. Plötzlich Dunkelheit. Alles Rückwärts.

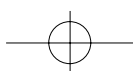
Ich befand mich wieder in meinem Zimmer. Die Belanglosigkeit meiner Unternehmungen überwältigte mich mit der Wucht ihres Schweigens. Die weiße Rauhfasertapete und der dünne Teppich begleiteten mein rastloses Auf- und Ab, das ich der abendlichen Leere entgegensetzte. Ich hielt es vermutlich nicht mehr lange aus. Ein lautloser Schrei, dem nichts antwortet und der schwerelos, ohne Gegengewicht nicht verstummen wollte. Schon andere mussten dies durchleben, doch auch ich war wie sie allein mit mir. Eine Weile noch setzte ich mich auf mein abgenutztes Sofa und starrte auf die Bilder an meiner Wand. Andere, fremde Belanglose. Als ich dessen müde war, beschloss ich, mich meinem Unterbewusstsein zu überlassen, und ging schlafen. In acht Stunden würde ich wie aufgezo-gen wieder an dem Kreislauf des Fremden teilnehmen ohne zu verstehen mit welcher Begründung.

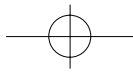
In regelmäßigem Gleichmut würde mein Herz schlagen und mein Körper handeln. Ein neuer Morgen voller Magenschmerzen, welcher den melancholischen Abend schon in sich trägt wartet bereits in stabiler Verlässlichkeit. Die aufdringliche Gegenwart erklärte sich mir nicht. Längst ging die hektische Langleweiligkeit meiner Umwelt, die mich wie ein Sog zu formen trachtete, mit einer tiefen seelischen Trauer Hand in Hand. Auswege müssten erraten werden.

Mich hatte keiner gefragt.

Der gewünschte Gesprächspartner war zurzeit nicht erreichbar ...

*Reinhard Kessler*





# Gewaltförmigkeiten

## Das Beispiel des Instituts für Soziologie

Vorweg: Es ist mir bewusst, daß Folgendes auch an jedem anderen Institut stattfinden könnte und dies wahrscheinlich auch tut. Hinzu kommt sogar, dass das Institut für Soziologie deshalb gerade unangenehm ins Auge fällt, weil hier erst neuerdings Strukturen zu Tage treten, die woanders vielleicht eine alte Leier sind. Nehmt diesen Artikel in diesem Sinne als einen Denkanstoß für Kritik an euren jeweiligen Fachbereichen bzw. an der Universität insgesamt.

### Wozu heute noch Soziologie studieren?

... diese Frage stellt sich wohl jedeR ErstsemesterIn und auch noch so manche Studis im fortgeschrittenen Studium. Später mal zur ›Elite‹ gehören zu wollen oder tolle Karriereaussichten zu haben, kann bei dem Fach wohl nur seltenst die Antwort sein, wenn wir uns auch andauernd anhören müssen, dies sei wohl der Sinn eines Studiums.

Wer eine privatwirtschaftliche Karriere anstrebt, studiert wohl eher BWL oder Jura, vielleicht auch eine Naturwissenschaft – selbst Politikwissenschaft oder Journalistik erscheint aussichtsreicher. Und dann gibt es vielleicht noch die LehramtlerInnen, die vielleicht gar nicht genau wussten, was sie überhaupt studieren sollten und auf Nummer Sicher gegangen sind: Das Studium der für eineN interessanten Fächer mit relativ sicheren Berufsaussichten.

›Elite‹ werden nur jene, die sich zutrauen, sich durch den Ellenbogenbetrieb Universität durchzuschlagen – ohne Rücksicht auf Verluste. Verluste sowohl an jenen, die dabei auf der Strecke bleiben wie auch an eigenem kritischen Gedankengut.

Wenn mensch sich entschließt, diese Laufbahn einzuschlagen, so geht das wie folgt: Erst einmal strebt mensch natürlich die Promotion an. Um sich ein Standbein im jeweiligen Fach zu verschaffen und die richtigen Verbindungen aufzubauen, schließt mensch sich einem akademischen elitären Zirkel an, einem sogenannten ›Kolloquium‹, in dem mensch sich dann regelmäßig mit dem wichtigen Herrn Professor (die ausschließlich männliche Form ist hier durchaus beabsichtigt ...) trifft. Weiterhin versucht mensch dann, erste akademische Erfahrungen zu sammeln durch zahlreiche Publikationen und durch Lehraufträge.

Klingt eigentlich gar nicht so schlecht – und zugegeben, auch ich selber versuche, mich mit ähnlichem über Wasser zu halten. Publikationen, ein guter Job an der Uni, Kolloquium – das alles trifft auch auf mich selber zu. Auf diesem Weg hat mensch aber dennoch schon einiges verloren: Kolloquien sind durchaus Rangeleien um die höchste Gunst des Profs, auf Kosten der Mitstudierenden – anders ist das nicht möglich. Dabei geht gleich auch ein Teil der eigenen Kritik flöten.

Lehraufträge bekommt mensch natürlich auch nur, wenn mensch selbst wie auch die Inhalte einigermaßen konform sind. Immerhin, mag jetzt so mancheR denken, die Lehrbeauftragten geben doch noch quasi die einzig guten Seminare in der Soziologie. Stimmt. Und wie viele kritische Seminare wären noch dabei, hätten die Herren Profs nicht vorher nach ihrem Gutdünken aussortiert: Thematisch, nach politischer Konformität und nicht zuletzt nach dem Kriterium ›Wessen Nase passt uns?‹

Es soll nicht verschwiegen werden, dass diese Lehraufträge wahlweise für einen Hungerlohn oder vollständig unentgeltlich vergeben werden, die auf diese Weise Lehrenden müssen schon von etwas anderem leben. Mensch kann ja immer noch Taxi fahren oder Bier ausschenken.

Zugegebenermaßen kann diese Praxis der Vergabe von Lehraufträgen von zwei Seiten betrachtet werden: Immerhin gibt das Institut für Soziologie seinen Lieblingen die Chance, dort zu lehren, während an anderen Instituten lieber auf Studienräte oder Kommunalpolitiker zurückgegriffen wird.

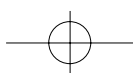
Was nach 1968 – gerade in den Sozialwissenschaften – noch Gang und Gäbe war, nämlich mit der Intention, Gesellschafts- und Herrschaftskritik zu üben und weiterzugeben, eine akademische Laufbahn einzuschlagen, ist heute ein Ding der Unmöglichkeit.

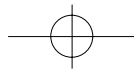
Das hat historische Gründe. War das gesellschaftliche Klima gerade an den Universitäten nach 1968 noch eines, dass mit Kritik umgehen konnte, diese vielleicht sogar erwartete, so kamen in den 80ern neuere AkademikerInnen hinzu, für die die Krönung des Protests der Beitritt zu den Grünen gewesen sein muss – und die anschließend alle voraussehbaren Wandlungen in dieser Partei und in der Sozialdemokratie mitmachten. Aufgepeppt wurde dieser universitäre Schlamassel noch durch eine neoliberale 89er Generation.

Das Vorgehen der angehenden JungakademikerInnen will ich keineswegs verurteilen – wie gesagt, unterscheidet sie sich nicht groß von meiner und sicherlich sind ihnen die Nachteile der von ihnen eingeschlagenen Laufbahn bewusst. Der zumindest teilweise Zwang zum Verzicht auf Herrschaftskritik zumindest innerhalb der Universität, die ökonomische Ausbeutung etc. sind dazu noch Unannehmlichkeiten, die auch andere Jobs und Karrieren mit sich bringen. Die bewusste oder unbewusste Ausnutzung dieses Gewaltverhältnisses durch die etablierten SoziologInnen Münster allerdings – die prangere ich an.

### Strukturelle Gewalt

Wer erst einmal auf seiner C4-Professur sitzt, kann sich vieles





## im Wissenschaftsbetrieb

erlauben. Von Ausnahmen abgesehen macht diese Position herrschaftsblind und ignorant gegenüber Gewaltverhältnissen.

Es ist alles andere als verwunderlich, dass der von Johan Galtung geprägte Begriff der ›strukturellen Gewalt‹ in den Sozialwissenschaften heute nicht mehr geliebt ist. Müsste dieser doch in letzter Konsequenz auf die eigenen Verhältnisse angewandt werden. Und der moderne Soziologe von heute betrachtet nun einmal lieber die Gesellschaftsverhältnisse anderswo anstatt jene des eigenen Milieus.

Strukturelle Gewalt, nach Galtung, ist jene Gewalt, die dem System inne ist, die keinen einzelnen personalen Akteur braucht, um Gewalt anzutun. Gemeint ist bei Galtung soziale Ungerechtigkeit, die kapitalistischen Besitzverhältnisse, in mancher Hinsicht auch das staatliche Gewaltmonopol. Sie kann physisch wie psychisch sein, und gerade – wenn auch nicht allein – letzteres trifft auf die universitären Verhältnisse zu.

Die eindeutige Hierarchie vom C4-Prof zum Ersti, sei es in den offiziellen Gremien der universitären Selbstverwaltung, sei es im akademischen Alltag, sind ein Indiz dafür. Auf dem Weg zu den Abschlussprüfungen, auf dem Weg der akademischen Karriere geschieht strukturelle Gewalt – durchaus auch dadurch, dass sich die von dieser Gewalt Betroffenen immer wieder selber den ›Sach‹-Zwängen unterwerfen. Die mangelnde Mitbestimmung, etwa was die Inhalte der Lehre bzw. betrifft, die immer offensiver zu Tage tretende neoliberale Umstrukturierung dieser wie anderer Studiengänge (modulierte BA/MA-Studiengänge, Themenschwerpunktsetzungen, Credit Point System, Einflußnahme der Privatwirtschaft) – all dies ist gewaltförmig.

Natürlich ist diese Gewaltförmigkeit abzugrenzen von der globalen strukturellen Gewalt des Kapitalismus – ganz allgemein gesprochen fordert letzterer täglich 100.000e von Toten, das tut das Soziologiestudium nicht, aber die universitäre Gewaltförmigkeit, Teil der gesamtgesellschaftlichen Gewaltförmigkeit, drückt sich aus in StudienabbrecherInnen, Studierenden, die den Seminaren fernbleiben und ähnlichem.

### Patriarchale Gewalt

Die Gewaltförmigkeit der Institute lässt sich auch in einem anderen Koordinatensystem erfassen: Wenn wir das Institut für Soziologie als patriarchal bezeichnen, so betrifft dies sowohl strukturelle wie auch personelle Gewalt, sowohl physische wie auch psychische Gewalt. Patriarchat und patriarchale Gewalt sollen dabei sowohl eine männliche Dominanz in der Gesellschaft aufzeigen, aber auch, im alten Sinne des Begriffes vom ›Patriarchen‹ die Hierarchien versinnbildlichen.

Zu selten wird immerhin die personale, physische sexua-

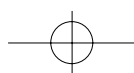
lisierte Gewalt als Zuspitzung von patriarchalen Verhältnissen in der Öffentlichkeit sichtbar. Physische sexualisierte Gewalt wird nicht nur einfach nach einem ›Lustprinzip‹ angetan, sondern in diesem Sinne erfüllt sie die Funktion der Herrschaftsabsicherung: Der Täter ist mächtig und stellt es unter Beweis.

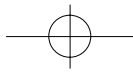
Ich will an dieser Stelle nicht auf Einzelfälle eingehen, sondern ein weiteres Mal die Binsenweisheit erwähnen, dass sexualisierte Gewalt an der Universität alltäglich ist und zumeist von Tätern, ›Betroffenen‹ und BeobachterInnen verschwiegen wird. Die Tabuisierung sexualisierter direkter Gewalt, der Gedanke, dass verschwiegen werden muss, schon verweist auf eine strukturelle, psychische Gewalt patriarchaler Form. Die allgemeine Schweigsamkeit ist dabei von verschiedenen Seiten zu betrachten: Sie kann einerseits aus Angst und Selbstschutz resultieren, andererseits zur Stabilisierung der Hierarchie dienen. Die Gründe für die Tabuisierung sind individuell bei Tätern, Betroffenen und MitwisserInnen, immer aber verweisen sie auf eine gesellschaftliche Schieflage, die dieses Tabu hervorbringt.

Patriarchale Gewalt in personaler psychischer Form lässt sich z.B. spüren, wenn sexualisierte Gewalt benannt wird. Ausgerechnet an solchen Punkten schweigen die Herren Professoren nicht mehr, sondern fühlen sich genötigt, einzugreifen. Hier wirkt Hierarchie – personifiziert in Dozenten, die verharmlosen und die Ereignisse lächerlich machen, die gewaltförmige Mittel anwenden um zum (Ver-)Schweigen zurückzukehren. Diese Struktur lässt sich auch bei Studierenden, in anderen Bereichen als der Universität und sowohl bei Männern wie bei Frauen wiederentdecken. Gleiches gilt für die sexualisierte Gewalt, in ihrer zugespitztesten Form wie in allen anderen, im allgemeinen, nicht nur in der hierarchischen Ebene zwischen Dozenten und StudentInnen, auch unter ›gleichberechtigt‹ Studierenden.

Nicht jede patriarchale Gewalt ist auch sexualisiert. Patriarchat drückt allgemein auch die hierarchische Pyramide aus, an deren Spitze in Politik wie in Wissenschaft normalerweise Männer – Patriarchen sozusagen – stehen. In einer nicht nur kapitalistisch, sondern auch patriarchal organisierten Gesellschaft sind auch Männer von dieser patriarchalen Gewalt betroffen, wenn auch in anderer Ausprägung: Ein Mann muss bestimmten Rollenklischees entsprechen, muss hart und erfolgreich sein, er ist in diesem Sinne auch ›Opfer‹ der strukturellen patriarchalen Gewalt. Im konkreten Beispiel etwa in den Formen, die oben schon genannt wurden.

Diese Strukturen aufzubrechen und nicht einfach zu akzeptieren, konkrete Taten zu verhindern und das Tabu zu enttabuisieren, darin liegt die Verantwortung jeder und jedes ein-





zelen an der Universität wie anderswo. Einen Umgang miteinander zu finden, in dem persönliche Grenzen wahrgenommen, geäußert und respektiert werden, sollte der Anspruch aller sein.

### Die Notwendigkeit von Studiengruppen

Strukturelle Gewalt hat die Eigenart, nicht einfach ›von oben nach unten‹ zu wirken. Das einfache Täter-Opfer-Schema reicht nicht zur Erfassung dieser Gewaltverhältnisse. Dennoch sind Gewinner und Verlierer zu entdecken bzw. Menschen, die mit dieser Art von Gewalt besser oder schlechter umgehen können. Wissenschaft und hier insbesondere die Universität sind – das ist eigentlich nichts Neues – hierarchisch strukturierte Bereiche. Das bedeutet, dass DozentInnen, durchaus auch ›Opfer‹ sind, wie auch Studierende ›Täter‹ sein können. Das impliziert für unsere Praxis, wenn wir denn wünschen, im Studium zu lernen, dass dies so einfach, wie wir uns das am Anfang des Studiums vielleicht vorgestellt haben, im als Zwangsverhältnis strukturierten Wissenschaftsbetrieb nicht möglich ist.

Die Münsteraner universitäre Soziologie leidet unter den Sparzwangsmaßnahmen der Regierung, unter der Ignoranz dominanterer Fächer etc.: Sie sieht sich durchaus in einer Defensivposition, was zumindest ansatzweise ihr teilweise aggressives Verhalten gegenüber jenen erklärt, die in der Hierarchie eine Stufe unter ihr steht: Ihren Lehrkräften und ihren Studierenden. In den momentanen Gesellschaftsformationen ganz normal eigentlich, doch von Soziologen hätte mensch mehr (Widerstand) erwartet.

Was einst eine nette Idee von Studierenden war, selbstorganisiert in Studiengruppen gleichzeitig zu lernen und zu lehren, entpuppt sich daher mehr und mehr zur Notwendigkeit: Wer heute noch Gesellschaftskritik üben möchte, findet ihren/seinen Bezug unter gleichgesinnten Studierenden, nur seltenst unter DozentInnen – das gilt nicht nur für die Soziologie, aber hier ist es aktuell und akut.

Studiengruppen können hierbei zwar kein politisches Engagement ersetzen, das Studium aber allemal – wenn es um das Wissen geht und nicht um die Karriere.

Die Soziologie hat aufgegeben: Sie ist nur mehr Ausbildung, aber keine Bildung mehr. Es ist nach wie vor zu kritisieren, dass das Angleichen an die Marktwirtschaft hier so wunderbar vor unseren Augen funktioniert und, wenn sie denn nicht funktioniert, einfach gekürzt oder gestrichen wird. Angesichts der momentanen Zurichtung der Soziologie von innen und außen ist mensch allerdings versucht, diese ebenfalls aufzugeben.

*Torsten Bewernitz*

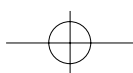
Es scheint noch etwas übrig geblieben zu sein von der Faszination des Kampfes – War es im alten Rom noch das Spektakel der Gladiatorenkämpfe im Circus Maximus, sind die Kämpfe inzwischen rhetorisch geworden – und scheinbar nicht minder attraktiv.

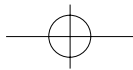
Denn weit über 200 Leute strömten in den Hörsaal des Fürstenberghauses, um über Sieg und Niederlage im Rhetorikduell zwischen Professoren und Studenten zu entscheiden. Dass das Publikum trotz womöglich bieder anmutendem ›British Parliamentary Style‹ auf seine Kosten kam, dafür sorgten die vier ordentlichen Professoren verschiedener Fakultäten und ihre Rivalen: vier Studenten des Debattierclubs der Uni Münster. Thema: ›Der Ehrliche ist der Dumme‹.

Was genau mit diesem Sinnspruch gemeint ist, definierte der erste Redner der studentischen Regierung, Sebastian Muders. Es müsse sich endlich wieder lohnen, ehrlich zu sein. Denn dass der ehrliche Deutsche hierzulande sich sein eigenes Grab schaufle, zeige sich schon darin, dass der gerissene Student erst elegant die GEZ-Hoheit umgehe, um hinterher sein Akademiker-Vermögen ins Ausland zu scheffeln – die Steueroase lässt grüßen. Empört fragte Prof. Dr. Aloys Prinz, was er sich dabei bloß gedacht



*Entspannte Stimmung unter den Professoren: (v.l.) Aloys Prinz, Thomas Apolte, Kurt Bayertz, Justus Diller* Foto: Jenni Roth





## Sieg oder Niederlage?



Sebastian Muders am Rednerpult

Foto: Jenni Roth

hätte und auch die Konkretisierung des Antrags durch die zweite Regierungssprecherin Jenni Roth konnte die Opposition nicht überzeugen: »Ein radikal vereinfachtes Steuersystem muss her. Denn nur was einfach ist, ist auch gerecht.«

Dass die Regierung damit den Nagel auf den Kopf getroffen habe, dem stimmte Prof. Dr. Thomas Apolte zu. Allerdings sei mit dem Nagel gleich die ganze Wand umgefallen. Auch Timm Reinisch, der die Opposition mit einer Gratulation zur Existenzgründung – der Flickschusterei – begrüßte und gleich noch das Lied vom »Ein Loch ist im Eimer ...« zum besten gab, konnte die Gegenseite nicht von Sinn und Zweck ihres Antrags überzeugen, sorgte mit seiner Darbietung jedoch für Lachsalven im Publikum. Dennoch reichten nicht einmal dieser Spaßfaktor und ein glänzender Sebastian Berg, der in polemischer Manier den Eimer gleich radikal neu erfinden wollte, nicht, um das Publikum von der revolutionären Regierungsinitiative zu überzeugen.

Zu dieser finalen Entscheidung

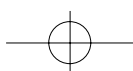
trug die Kombination aus scharfer Logik des Mathematik-Professors Dr. Justus Diller und der philosophischen Argumentation eines Prof. Dr. Kurt Bayertz ihren Teil bei. – Und das, obwohl der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz ausgerechnet am darauffolgenden Tag einen nahezu identischen Antrag zur Steuerreform in den Bundestag einbrachte. – Also war der Vorschlag der Studenten doch nicht so weit hergeholt.

Auch wenn dieses Rhetorikduell mit Sicherheit jeden Abend vor dem heimischen Bildschirm an Unterhaltungswert spielend übertrumpfen konnte, ist das Thema noch nicht ausdiskutiert. Und wer seine Meinung einbringen will, zu diesem und anderen Themen, ist jederzeit im Debattierclub herzlich willkommen. Treffpunkt ist Mittwochs, 19.30 Uhr, vor dem Schloss.

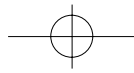
Jenni Roth



Prof. Apolte am Rednerpult Foto: Jenni Roth







## Zwischen Elend und Urlaub



Eine typische Bolivianerin bei der Erledigung ihrer Einkäufe in Cochabamba. Eine der Hauptverkehrsstraßen verläuft direkt neben den offen ausgelegten Lebensmitteln.

Foto: Patricia Kemmer

Nach dem Studium stand einer meiner Träume fest: Ich wollte für längere Zeit in einem Land leben, das nicht von Geld, Reichtum und Luxus bestimmt wird. Ich träumte mich hinein in ein armes Land, in dem die Menschen täglich ums Überleben kämpfen müssen und in dem der nächste Tag ungewiss erscheint. Am 11. Juli 2002 war es nach langen Vorbereitungen endlich so weit. Ich saß im Flieger und gut einen Tag später war ich in Bolivien, dem ärmsten Land Südamerikas, angekommen. Was war das für ein Land, in dem ich mich nun befand?

Bolivien, das eine Fläche von 1,099 Mio. km<sup>2</sup> umfasst, hat ungefähr acht Millionen Einwohner, von denen sich etwa 70 Prozent zu indianischen Gruppen zählen.

Die Lebenserwartung der Bolivianer liegt bei ungefähr 62 Jahren und damit besitzt Bolivien eine der geringsten Lebenserwartungen weltweit. 70 Prozent der Bevölkerung sind unterernährt und

jedes zehnte Kind stirbt bereits im ersten Lebensjahr. 34 Prozent der Bolivianer besuchen nach der Grundschule eine weiterführende Schule. Auch hat Bolivien sehr junge Einwohner: 42 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Aufgrund dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Kinderarbeiter, Straßenhändler, Losverkäufer, Schuhputzer und Autowäscher nicht nur sehr hoch ist, sondern auch weiterhin drastisch ansteigt.

Nicht nur anhand der oben genannten Zahlen, sondern auch durch meine unmittelbar gemachten Eindrücke stellte ich fest, dass es sich um ein sehr armes Land handelt. Erschreckend fand ich auch die Tatsache, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bolivianer bei umgerechnet 500 Euro liegt.

Obwohl dort Industrien, wenn auch sehr langsam, errichtet werden, und sowohl Landwirtschaft als auch Bergbau im Rahmen der dort bestehenden Möglichkeiten betrieben werden, erwirtschaftet die illegale Koka-Industrie bis zu einem Viertel des Bruttosozialproduktes. Es ergibt sich damit fast von selbst, dass Bolivien neben Peru weltweit zu den Hauptproduzenten dieser Droge gehört.

Ich brauchte daher nicht viel Zeit, um zu erkennen, dass ich mich hier nun in einer ganz anderen als der mir vertrauten Umgebung befand. Ich musste mich schnell von der Sicherheit und der relativen Leichtigkeit des Lebens in Deutschland verabschieden, denn der Kampf ums Überleben, der auch mich persönlich ab sofort in gewisser Hinsicht betraf, wurde mir tagtäglich vor Augen geführt.

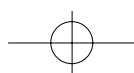
Ich war in Cochabamba, der drittgrößten Stadt im Nordosten Boliviens, einem Hauptumschlagplatz für das Koka, angekommen. Dieser Ort sollte nun für ein halbes Jahr mein Zuhause werden. Viele, viele Fragen sprudelten in mir hoch, doch niemand konnte sie beantworten; auch ich nicht. Obwohl ich wusste, dass es schwer werden könnte, und dass es während meines Aufenthaltes mit Sicherheit nicht immer nur Sonnenschein geben würde, war ich selbstbewusst und voller Vertrauen, dass das Leben mir hier

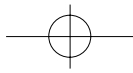
in Cochabamba, der ›Stadt des ewigen Frühlings‹, gelingen würde. Ich stand schließlich kurz vor der Erfüllung eines meiner größten Träume. Und diese einmalige Chance wollte ich durch nichts, auch nicht durch irgendwelche äußeren Umstände, zerplatzen lassen. Daher sagte ich: »Ja!«, und nahm das nun beginnende Leben in Cochabamba mit wachen Sinnen und frohen Mutes in die Hand.

Am Rande von Cochabamba befindet sich ein nach dem Vorbild der SOS-Kinderdörfer privat errichtetes Kinderdorf, die so genannte *Aldea de Niños Cristo Rey* (zu deutsch: Kinderdorf Christkönig). Hier wollte ich nun für ein halbes Jahr unentgeltlich arbeiten. Vor sechzehn Jahren haben die Rheinsenerin Schwester Ingrid Pentzek und der aus der Schweiz stammende Pater Erik Williner die ersten Kinder aufgenommen. Das eingangs für Waisenkinder gedachte Kinderdorf wurde bald die Hauptanlaufstelle für Gefängniskinder der Koka-Bauern, da im Regelfall die ganze Familie mit in das Gefängnis geht, wenn auch beispielsweise nur der Vater inhaftiert ist. Die Mütter gehen tagsüber zum Betteln oder zum Arbeiten in die Stadt, damit sie ihre Familie im Gefängnis versorgen können, da von staatlicher Seite hier auf gar keine Unterstützung zu hoffen ist. Mehrere Familien teilen sich in den stickigen nach Kot und Urin stinkenden Gefängnissen winzige Bretterverschläge, die wie Vogelkäfige ohne Tageslicht übereinander liegen.

Wenn ich nun diese Zeilen hier niederschreibe, dann habe ich die Situation noch genau vor Augen: Überall, wo ich hinschaute, in jeder Nische, Ecke oder in jeder ›Gefängniszelle‹ sprang mir die Unmenschlichkeit sofort ins Auge. Die vielen, vielen Kinder schauten mich mit großen erwartungsvollen und traurigen Augen an. Aber leider konnte ich ihnen nicht viel mehr geben als ein Lächeln oder als ein kurzes Gespräch.

Diese Situation der Kinder in den Gefängnissen haben sich Schwester Ingrid Pentzek und Pater Erik Williner zur Lebensaufgabe gemacht. Sie nehmen die





## Patricia Kemmer arbeitete ein halbes Jahr in Bolivien

Kinder im Alter von drei bis achtzehn Jahren bei sich im Kinderdorf auf und bieten ihnen dort aufgrund der vielen Spenden von kirchlicher und privater Seite aus Deutschland und der Schweiz ein menschenwürdiges Leben.

Das Kinderdorf besteht aus sieben doppelstöckigen Wohnhäusern, einer Schule, in der auch das Abitur erworben werden kann, einem Kindergarten, sowie einer Turnhalle; auch ein Spielplatz darf hier nicht fehlen. In den Kinderwohnhäusern hat jeweils »eine Familie«, das heißt eine Tia (zu deutsch: Tante, in diesem Fall eine Betreuerin) mit ihren 25 Kindern, eine Etage für sich. Insgesamt lebten dort bis Januar diesen Jahres ungefähr 350 Kinder; doch heute sind es schon mehr als 400 Kinder und Jugendliche. Für diese Kinder ist das Leben in der *Aldea de Niños Cristo Rey* das reine Paradies.

Vorwiegend war ich während meines Aufenthaltes in diesem Kinderdorf tätig. Ich hatte eine gemischte Gruppe

von 23 Kindern im Alter von drei bis achtzehn Jahren. Ich teilte mir mit drei weiteren Kindern ein Zimmer und habe tagtäglich mit diesen 23 Kindern zusammengelebt. Wir haben gemeinsam gegessen, gespielt, Hausaufgaben gemacht, unsere Wohnung instand gehalten, Wäsche mit unseren vielen Händen gewaschen und natürlich viel gelacht und getobt.

Aber während des halben Jahres war ich nicht nur im Kinderdorf, sondern durfte auch Schwester Ingrid für sechs Wochen in den Urwald begleiten. Diese Zeit stellte während meines Aufenthaltes in Bolivien ein durchaus anstrengendes, aber zugleich auch sehr, sehr eindrucksvolles Erlebnis dar. Schon der Weg in den Urwald, in den nordöstlich liegenden Chapare war für mich schon ein reines Abenteuer. Diese Fahrt lässt sich kaum in Worte fassen, aber kann eindeutig mit den Attributen gefährlich, abenteuerlich und ungewiss beschrieben werden. Natürlich wurde ich an der einen oder anderen Stelle ganz ruhig und ein Gefühl der

Angst und Unsicherheit stieg in mir hoch, doch wann bekomme ich so eine Chance wieder? Vor allem die Lebensverhältnisse nahmen, je tiefer wir in den Urwald kamen, drastisch ab. Hatte ich in Cochabamba doch schon die Armut der Menschen ein wenig kennengelernt, so wurde diese hier vor Ort noch um ein Vielfaches übertroffen. Diese ließe sich für uns vielleicht ansatzweise nachvollziehen, wenn wir unseren Lebensstil um gut 200 Jahre zurückdrehen würden.

Hier war ich nun bei den Indianern der Yuracarés, Trinitarier und Chimanen angekommen. Umgeben von tiefen Wäldern, zwischen einer großen Pflanzen- und Tierwelt: Ja, ich war im Urwald! Und nachdem ich mich an die vorherrschenden Lebensumstände gewöhnt hatte, fühlte ich mich dort sehr wohl und lernte Menschlichkeit und Nächstenliebe in höchster Konzentration kennen. Die Menschen nahmen mich sehr herzlich in ihr kleines Dorf auf und schon bald spürte ich, dass viele dieser Indianer vor Ausgeglichenheit und Lebensfreude nur so sprudelten. Obwohl sie in dieser Armut und Abgeschiedenheit von der zivilisierten Welt leben, kam ihre Zufriedenheit deutlich zum Vorschein.

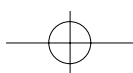
Während dieser Zeit durfte ich Schwester Ingrid durch ihre und Pater Eriks Pfarrei Santissima Trinidad begleiten und so lernte ich schnell die verschiedenen Indianerdörfer kennen. Da ich ja mein Erstes Staatsexamen für die Sekundarstufen II/I mit den Fächern katholische Religion und Mathematik abgeschlossen hatte, bereitete ich später in den unterschiedlichsten Urwaldschulen die Kinder und Jugendlichen auf ihre Erstkommunion und auf ihre Firmung vor. Es war für mich ein einmaliges Erlebnis, dass ich hier nicht nur leben, sondern auch arbeiten und unterrichten durfte. Zum Abschluss meines Urwaldaufenthaltes durfte ich dabei sein, als der Bischof in den einzelnen Orten die Sakramente der Erstkommunion, der Firmung und der Ehe spendete.

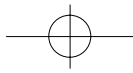
Unsere Rückfahrt aus dem Urwald in Richtung Cochabamba sollte viel auf-



Ein Blick auf das Kinderdorf Christkönig am Rande von Cochabamba. Im länglichen Gebäude im Hintergrund befinden sich die Kapelle, die Schule, die Küche, und die Vorratsräume. Weiterhin kann man hier zwei der sieben doppelstöckigen Kinderwohnhäuser erkennen.

Foto: Patricia Kemmer





regender und gefährlicher als die Hin- und Fahrt werden. Durch die im Oktober einsetzende Regenzeit stiegen die Flüsse gefährlich hoch an, die Koka-Bauern drohten die Straßen zum Zeichen ihres Protestes zu blockieren und auch der aufkommende Nebel bereitete uns Schwierigkeiten. Wir kamen aber trotz aller Aufregungen doch noch wohlbehalten im Kinderdorf in Cochabamba an. Schon als ich mich von meiner Gruppe für sechs Wochen trennen musste, waren die ersten Tränen geflossen. Und als ich wieder hier in der Aldea ankam, war die Freude umso größer. Alle Kinder liefen zu unserem Jeep und wollten uns begrüßen; es wurde viel gesungen, erzählt und gelacht. In diesem Moment konnte ich mein Glück gar nicht fassen!

Aber natürlich war die Arbeit in Bolivien nicht immer leicht, und oft gab es auch Augenblicke der Abgespanntheit, der Anspannung und der Beschwerlichkeit, doch die Arbeit mit den vielen Kindern in der Aldea und auch im Urwald bereitete mir insgesamt sehr viel Spaß und Freude. Nicht allein durch die Art und Weise, wie die Kinder mich aufnahmen und akzeptierten, sondern auch dadurch, dass ich wirklich an jedem Tag vielen Menschen eine Freude machen konnte. Dem Wunsch der Kinder nach Aufmerksamkeit und Zuwendung versuchte ich, so gut es ging gerecht zu werden, und es ist unbeschreiblich, wie viele schöne Gesten und Augenblicke mir dadurch beschert wurden. Durch das Verschenken meiner Zeit an diese Kinder wurde ich um Vieles reicher, und ich möchte diese unzähligen Erfahrungen gegen nichts auf der Welt eintauschen. Auch wenn ich die Armut und das Elend in Bolivien nicht beseitigen kann, so konnte ich doch in meiner kleinen Familie im siebten Haus der *Aldea de Niños Cristo Rey* das Gefühl der Geborgenheit und des Angenommenseins vermitteln und dadurch im Kleinen einen Raum des Friedens, des Glücks und der Freude schaffen.

Das halbe Jahr in Bolivien ist nun zu Ende, doch mein Traum ist noch nicht ausgeträumt; gerne erinnere ich mich an diese Zeit zurück und bin noch sehr oft



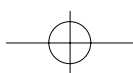
*Ein Holzhaus einer Großfamilie im Urwald, davor die zu trocknende Wäsche. Rechts im Bild sieht man eine Fläche, auf der die Bewohner des Hauses Koka-Blätter trocknen.*

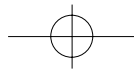
Foto: Patricia Kemmer

mit meinen Gedanken bei meinen 23 Kindern. Natürlich gehen mir dann auch schnell Fragen durch den Kopf, wie beispielsweise, ob ich sie je wiedersehen werde oder ob sie ihr Leben in den Griff bekommen werden. Doch auch jedes dieser Kinder hat einen Traum, ähnlich wie ich einst den Traum hatte, nach Bolivien zu gehen, und nun müssen sie versuchen, diesen so gut es geht zu realisieren; das wünsche ich ihnen jedenfalls! Denn nur wer einen Traum, ein klares Ziel vor Augen hat, kann sich diesem öffnen und sich auf den Weg machen, um sein eigenes Leben zu suchen und dieses vielleicht sogar auch zu finden.

Für mich jedenfalls wurde dieses halbe Jahr zum intensivsten und erfolgreichsten Lebensabschnitt. In Bolivien durfte ich so viele tiefe Erfahrungen und schöne Augenblicke sammeln, wie ich sie in meinem gewohnten Leben hier in Deutschland nie hätte machen können. In diesem Sinn möchte ich auch allen Menschen Mut machen, die vielleicht ein ähnliches Vorhaben realisieren möchten. Eines ist dabei ganz gewiss: Es lohnt sich auf jeden Fall!

Patricia Kemmer





# Parteikommunist und Weltdeuter

## Die Autobiografie des Historikers Eric Hobsbawm

Wo die Lebensgeschichte des kürzlich verstorbenen Literaturwissenschaftlers Edward Said durch die minutiöse Beschreibung des Familienlebens und die völlige Auslassung seines politischen Engagements noch irritierte, wird Eric Hobsbawm den Erwartungen an einen kritischen Intellektuellen, zumal einen Historiker, vollkommen gerecht: Ein äußerst kurzweiliges, schön geschriebenes und durch die Einbettung des individuellen Werdegangs in die große Geschichte sehr aufschlussreiches Buch hat er verfasst.

Hobsbawm schreibt mit seiner Autobiografie eine weitere Geschichte des kurzen 20. Jahrhunderts, und zwar seine persönliche. Ein ›privates‹ Buch ist dadurch aber nicht entstanden. Angeregt durch einen Aphorismus Lichtenbergs, demnach es immer gefährliche Zeiten seien, in denen der Mensch seine eigene Wichtigkeit und seine Handlungsmöglichkeiten erkennt, ist der Titel von Hobsbawms Autobiografie aber irreführend – oder die Antithese zu Lichtenberg. Denn von persönlichen Gefahren erzählt Hobsbawm kaum, gemeint ist wohl eher das Jahrhundert ganz generell. Insofern macht er dieses qua Titel zu seinem eigenen. Darin äußert sich bereits die Verbindung, die sich als die Motivation durch das ganze Buch zieht: Der Drang des Historikers, zu verstehen, mit dem Gestaltungswillen des Kommunisten.

Aufgewachsen im Wien der 20er Jahre als Sohn eines erfolglosen englisch-jüdischen Kaufmannes und einer Österreicherin, geht Hobsbawm nach dem Tod beider Eltern in den frühen 30er Jahren nach Berlin. Dort schließt er sich – »Es war unmöglich, sich aus der Politik rauszuhalten« – der Linken an, nicht zuletzt da deutscher Nationalismus für ihn als Engländer und Jude keine Option gewesen sei. Die Linke, das war für ihn bereits seit der Arbeit im Sozialistischen Schülerbund (SSB) der Kommunisten. Als einen

der wesentlichen Unterschied seines Engagements zu dem der Linken von 1968 stellt Hobsbawm so auch heraus, kein Protestierer, sondern Teil disziplinierten Massenorganisation gewesen zu sein, deren oberstes Ziel in der Erlangung der Staatsmacht bestand.

Mitte der 30er Jahre zieht er dann zu Verwandten nach England, wo er bis heute lebt. Dieses England bis zur Suez-Krise, die zeitgleich mit Rock'n'Roll alte Selbstverständnisse in Frage stellte, beschreibt Hobsbawm als »in jeder Hinsicht insulär«.

Dass bis in die späten 50er Jahre auch das, was heute als ›westlicher Marxismus‹ bezeichnet wird, nicht über den Kanal gelangte, ist letztlich selbst Hobsbawm anzumerken. Denn die Geschichte des Kommunismus ist neben der seiner eigenen Positionen immer vor allem Parteigeschichte. Und das verwundert doch ein wenig, dass der Autor von *Sozialrebell*en sich hier als Chronist der Parteikommunisten erweist. Obwohl Hobsbawm sich als Historiker immer wieder kulturellen Themen gewidmet hat, vor allem dem Jazz und seinen Kontexten, kommt sein Marxismus doch vor allem als der der Kommunistischen Bewegungen in Europa zum Vorschein. Dass er beispielsweise trotz einer erklärten Faszination für den spanischen Anarchismus die anti-revolutionäre Politik der spanischen Kommunisten im Bürgerkrieg mit keinem Wort erwähnt, erscheint immer noch als Auswirkung dieser Haltung.

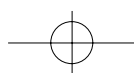
Zum einen vermitteln seine Ausführungen dabei sehr plastisch, dass es die kleinen Begebenheiten und Zufälle sind, die einen zum Linken machen – »und irgendwie, zwischen dem Zielen mit Steinen auf Forellen und dem Stibitzen von Äpfeln, beschloß ich, auch Kommunist zu werden« – zum anderen erklären sich bestimmte Entwicklungen wie seine eigene aber doch nur vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Bedingungen. Warum zum Beispiel Hobsbawm noch in den 50er Jahren die Politik der KPdSU

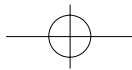
gutheißt, erschließt sich vor allem im Zusammenhang seines Werdegangs. Für einen, der im Berlin der 1930er Jahre zum aktiven Kommunisten geworden war, hieß Kommunismus offenbar Orientierung am sowjetischen Revolutionsmodell.

Der Irrwitz der parteikommunistischen Taktierereien und ideologischen Vorgaben kommt dabei aber schön zum Ausdruck und Hobsbawm schließt sich ohne weiteres der mittlerweile allgemeingültigen Ansicht an, dass die Politik der Komintern gegenüber dem Nationalsozialismus (›Sozialfaschismusthese‹) »von einer selbstmörderischen Dummheit« war. Aber es war leichter, schreibt Hobsbawm nicht ohne Evidenz, das kapitalistische Lager anzugreifen, »weil es ein Westdeutschland, das von alten Nazis regiert wurde und sehr bald gegen die UdSSR wiederbewaffnet werden sollte, einem Ostdeutschland vorzog, dessen Regierung aus ehemaligen KZ-Häftlingen bestand«.

Positionen wie diese waren es, die auch dafür sorgten, ihn und andere kommunistische Intellektuelle in Zeiten des Kalten Krieges in der akademischen Szene zu marginalisieren und von Karrieren fernzuhalten, die er letztlich doch hinlegte und die ihn heute zu einem der wichtigsten Historiker überhaupt macht. Hobsbawms Biografie macht also in vielerlei Hinsicht deutlich, was es im 20. Jahrhundert in Westeuropa bedeutet hat, Parteikommunist zu sein.

Trotz aller Eingebundenheit betrachtet sich Hobsbawm aber nach wie vor als eine Art politischer Beobachter, der die Entwicklung der Linken kritisch reflektiert und begleitet, und dabei für Sektierertum ebenso wenig übrig hat wie für marktwirtschaftliche Heilslehren. Während er die Black Panther Party der 60er Jahre eines »einfältigen Leninismus« bezichtigt, hat er für die entgegengesetzte Antwort auf die berühmte leninsche Frage »Was tun?« noch weniger übrig:





den Neoliberalismus Tony Blairs.

Dennoch lässt Hobsbawm sein Buch, das neben der chronologischen Zeitgeschichte noch separate Kapitel zu Entwicklungen und Kämpfen in der Geschichtswissenschaften sowie spezielle Betrachtungen von Frankreich, Italien und der ›Dritten Welt‹ enthält, mit einem Plädoyer gegen Identitätspolitik enden.

Sich so rapide verändernde Zeiten bräuchten Geschichtsschreibung dringender denn je, und diese wiederum benötigte Distanz zum Gegenstand. Identitär geprägte Historie sei nicht nur unseriös, sondern auch politisch verwerflich und führe »in die Katastrophe«. Denn Identitätsgeschichte sei nicht Weltdeutung, sondern ein Mittel »zur Eroberung kollektiver Anerkennung«.

Hier spiegelt sich Hobsbawms universalistische Perspektive, mit der er auch der eigenen Zunft, den Sozialwissenschaften vorhält, sich bis heute nicht aus dem »Bezugssystem des Nationalstaats« gelöst zu haben. Gerade die Kritik an dieser Nationalstaatsbezogenheit lässt aber auch andere Schlüsse zu. Edward Said, der wegen seines Engagements für die Sache der Palästinenser oft angegriffene Intellektuelle und Identitätspolitiker, hätte Hobsbawm widersprochen.

Jens Kastner

Eric Hobsbawm, *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*. Aus dem Englischen von Udo Rennert, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2003, 499 S., 24,90 Euro

## Die »Unabhängigen Studierenden« laden ein:

**Vortrag von Neonazi-Aussteiger Stefan Jahnelt am 22. Januar 2004, 18 Uhr in der »Brücke«!**

Zu einem Info-Abend im Internationalen Zentrum *Die Brücke* (Wilmergasse 1-4) laden die *US* ([www.weisse-rose.org/us.html](http://www.weisse-rose.org/us.html)) am Donnerstag, dem 22. 1. 04, ab 18 Uhr Interessierte ein.

Der Eintritt ist frei, um vorherige Anmeldung ([beck\\_mag@uni-muenster.de](mailto:beck_mag@uni-muenster.de)) wird aber bereits im Vorfeld gebeten. Aus Sicherheitsgründen und weil die Menge kulinarischer Spezialitäten aus den Heimatländern der US-Mitglieder (dem Jemen, Jordanien, Indonesien, Venezuela, Ecuador, Spanien, Polen, Bulgarien, Slowakei, Schottland, Finnland) kalkuliert werden muss.

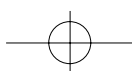
Mitgebracht werden sollten nur gute Laune, konstruktive(!) Kritik (-fähigkeit) oder das bloße Interesse an gewaltfreier (universitärer) Anti-Extremismus-Arbeit im Geiste der Geschwister Scholl (unserer studentischen Vorbilder). Eventuell auch »LinkTipps« zu Webseiten gegen fremdenfeindliche oder antisemitische Strömungen. In diesem Zusammenhang wird der US-StuPa-Abgeordnete Magnus Becker über ein Strafverfahren gegen einen gewissen »burks« berichten, der auch auf übelste rechts- und linksextrême Machwerke im Netz verlinkt (vgl. dazu bspw. [www.inidia.de/burks.htm](http://www.inidia.de/burks.htm) und <http://home.snafu.de/biff/aktuell17.htm>). »Dieser Mann gehört hinter Schloss und Riegel. Wer Zugang zu Schmutz- und Schund-Inhalten verschafft, ist u. E. mitschuldig, wenn dadurch junge Menschen politisch verführt und verblendet werden. Damit aber auch noch zu kokettieren, um die Zahl der Zugriffe auf seine Seite zu steigern, ist dreist. Jene, die ihn kritisieren und die Sperrung seiner Seite fordern (durch den verschiedentlich im Kampf gegen rechtsextreme HateHomePages

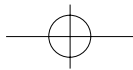
positiv in Erscheinung getretenen Düsseldorf Regierungspräsidenten Büssow zum Beispiel), verleumdet er, versucht sie fertigzumachen. »Zensur den Zensoren!«, fassen die »Unabhängigen Studierenden« ihre »Antifa«-Auffassung zusammen.

Höhepunkt des Abends wird der aus Bayern angereiste Referent und Top-Kenner der rechten Szene, Stefan Jahnelt, sein. Er war vor seinem Ausstieg 10 Jahre am äußeren rechten Rand tätig, u. a. in der Führungsebene folgender Neonazi-Organisationen: FAP (als Geschäftsführer des Landesverbands Bayern), NO (Bundesratspräsident) sowie KAH (Komitee Adolf Hitler, Mitglied). Allesamt sind sie mittlerweile glücklicherweise verboten worden.

Seit seinem Ausstieg arbeitet Jahnelt als Journalist und berichtete beispielsweise aus Bosnien und dem Kosovo. Er befasste sich auch immer wieder mit dem Thema »Rechtsextremismus«. In seinem Vortrag wird er auf seinen Lebenslauf als Mitglied der rechten Szene eingehen, und daran die Arbeitsweise ultrarechter Gruppierungen aufzeigen. Sein Ziel ist es, so Ansätze zu einer sehr effektiven, wenn auch teils unkonventionellen, antifaschistischen Arbeit zu geben: Links mag politisch das Gegenteil von Rechts sein, »Liberalismus« jedoch, so Jahnelt, »ist das Gegenteil von Totalitarismus.«

Jahnelt ist Auftaktredner einer Vortragsreihe, die die *US* im Jahr 2004 zum Thema »Religiös und politisch motivierter Radikalismus an der Hochschule« durchführt. Vorschläge für Folge-ReferentInnen werden noch bis 10. 1. '04 entgegengenommen: [weisse\\_rose\\_2002@yahoo.de](mailto:weisse_rose_2002@yahoo.de).





## »Handeln für mich«

### Ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Studentinnen

In Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenforschungsstelle *Schwarze Witwe* und dem autonomen Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende, sowie der Gleichstellungsbeauftragten der WWU möchten wir das Problem der Studienabrecherinnen näher untersuchen und der Tatsache, dass besonders viele Studentinnen ihr Studium abbrechen, mit einem Arbeitskreis Rechnung tragen. *Handeln für mich* versteht sich als studienbegleitendes Orientierungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebot für Studentinnen.

Gerade im Zuge der Einführung von Studiengebühren ist eine Beratung, die an der Schnittstelle von Studienberatung und Universitätsalltag ansetzt, unerlässlich. *Handeln für mich* will den strukturellen und individuellen Problemen von Studentinnen an der WWU auf den Grund gehen, dabei helfen diese aufzudecken und zu beseitigen. Besonders bei Frauen spielt, über die Berufsplanung hinaus, die Lebensplanung eine große Rolle. Auch und gerade bei hervorragender Qualifikation stellt sich die ›Vereinbarkeit von Beruf und Familie‹ als problematisch dar. Ebenso können sexuelle Belästigungen zu Studienproblemen, Studienverlängerungen oder gar zum Studienabbruch führen.

Das autonome Frauenreferat des Uni-ASTa ist davon überzeugt, dass besonders Frauen in ihrem Universitätsalltag mit Konflikten konfrontiert werden, die nicht schematisierbar sind und die eine kompetente Beratung notwendig werden lassen.

Ziele des Projektes sind:

- Studentinnen in Krisensituationen die Möglichkeit zu geben, sich mit den konkreten Schwierigkeiten im Studium auseinander zu setzen, um einen Studienabbruch zu verhindern.
- konkrete Schwierigkeiten über das Studium hinaus aufzudecken.
- Perspektiven nach einem eventuellen Studienabbruch zu erarbeiten.
- Frauen zusammenzuführen, die sich mit ihrer persönlichen und beruflichen Perspektive beschäftigen möchten.
- Seminare, Arbeitsgruppen, offene Treffen und Veranstaltungen zu Thema Studium und Beruf anzubieten.

Die Treffen finden freitags von 10-13 Uhr in der *Brücke*, Wilmergasse 2 statt.

Wir freuen uns auf die Veranstaltungen mit Euch.

*Simona und Antonia*

Das autonome Frauenreferat

## Aktionstag gegen sexuelle Belästigung

Taxierende Blicke, anzügliche Bemerkungen über das Aussehen oder das Privatleben von Frauen und lautstarke Bewertungen des Körpers, mehr oder weniger zufällige Berührungen, Begrabschen und Vergewaltigung sind Beispiele für Grenzverletzungen, die Frauen in unserer Gesellschaft erfahren müssen. Das universitäre Umfeld bietet zu diesem allgemein-gesellschaftlichen und frauenherabsetzenden Kontext leider keine Ausnahme.

Jede Person sollte das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Wünsche und Bedürfnisse sowie die persönlichen Grenzen nach außen hin abzustecken, zu artikulieren und falls nötig, zu verteidigen. Diese Grenzen nicht zu respektieren, ihnen gleichgültig gegenüber zu stehen und sie in einer solch demütigenden Weise zu missachten, ist für uns Grund, aktiv zu werden.

Wir sind eine offene und selbstorganisierte Gruppe, die gegen sexuelle Belästigung und andere Formen sexualisierter Gewalt an der Uni Münster arbeitet. Wir wollen Hintergründe und Ursachen analysieren, informieren, sensibilisieren und enttabuisieren, um auf diese Weise positive Veränderungen zu bewirken.

Am 20.01.04 findet am *Institut für Soziologie*, Scharnhorststr. 121, ein Aktions- und Informationstag gegen sexualisierte Gewalt statt; Bücher, Broschüren, Film, Aktionen, Vorträge zu: psychische und psychosomatische Auswirkungen, strafrechtliche und uni-interne Richtlinien, gesamtgesellschaftliches Geschlechterverhältnis.

Herzlich lädt ein der selbstorganisierte Arbeitskreis gegen sexualisierte Gewalt

Kontakt: [aktiv.--werden@web.de](mailto:aktiv.--werden@web.de)

